Dienstag, 10. April 1923. Einzelnummer 350 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 80.

Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 7600.— in den Ausgabestellen 7800.— durch Zeitungsboten 8000.— am Postamt ..... 8500.— ins Ausland 12000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr 6184 in Breslau.

# Posener Tageblatt
## (Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 200.— M Reklameteil. 600.— M

Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 200.— p. M. Reklameteil 600.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

## Zur Liquidation.

In der Posener Zeitschrift „Ruch Prawniczy i Ekonomiczny" (Heft 3, Seite 460 von 1922) hat der polnische Richter Atanasius Bardzki eine Untersuchung veröffentlicht über die gerichtliche Geltungmachung von Schadenersatzansprüchen, die polnischen Bürgern bei Durchführung der Agrarreform entstehen können. Da die Ergebnisse, zu welchen Bardzki kommt, auch für die Liquidation von Bedeutung sind, seien die wichtigsten Punkte hier kurz angedeutet.

Die Untersuchung Bardzkis basiert auf Artikel 98 Absatz 2 und 121 der polnischen Verfassung. Die eine Bestimmung besagt, daß kein Gesetz einem polnischen Bürger den Rechtsweg zur Geltendmachung von Schädigungen und Verlusten verbieten darf; nach der anderen Bestimmung ist jeder polnische Bürger für den ihm aus pflichtwidriger amtlicher Tätigkeit erwachsenden Schaden berechtigt, den Staat oder die schuldigen Organe zu belangen. Hieraus entnimmt B. den Grundsatz, daß alle die Beeinträchtigungen, Verluste und Schäden einen Ersatzanspruch entstehen lassen, die staatliche Organe polnischen Bürgern durch eine amtliche Tätigkeit zugefügt haben, welche mit dem geltenden Recht und den Dienstpflichten unvereinbar ist; und zwar auch dann, wenn diese amtliche Tätigkeit ihren Ausdruck in Beschlüssen und Entscheidungen gefunden hat, die durch Beschwerde angefochten werden können." Das heißt zweierlei: Erstens in formeller Hinsicht hat die Verfassung in Artikel 98 Absatz 2 unmittelbar den Rechtsweg wegen aller Schadensersatzansprüche eröffnet; sie hat insoweit nicht lediglich einen Programmsatz aufgestellt, sondern das bislang im ehemals preußischen Teilgebiet geltende Recht (Gerichtsverfassungsgesetz) geändert. Ebenso ist zweitens in materieller Beziehung nach der Ansicht des Autors schon jetzt die Möglichkeit gegeben, den Staat und den schuldigen Beamten gemeinschaftlich haftbar zu machen im Wege der gewöhnlichen Zivilklage. Es ist anzuerkennen, daß für das ehemals preußische Teilgebiet die von der Verfassung in Aussicht gestellten Spezialgesetze in diesem Punkte nicht abgewartet zu werden brauchen, da Artikel 121 lediglich eine Formulierung des bereits aus preußischer Zeit geltenden Rechtes gibt, das in den Gesetzen von 1909 und 1910 niedergelegt ist.

Demgemäß hält Bardzki Schadenersatzansprüche auch dann für gegeben, wenn der Schade durch Anordnung, Beschlüsse und Entscheidungen der Agrarbehörden bei Durchführung der Agrargesetze entstanden ist, insbesondere bei folgenden Amtshandlungen: Feststellung, daß ein Gut dem Zwangsankauf unterliegt; Bestimmung der Größe des dem Eigentümer zu belassenden Areals, Abschätzung des dem Ankauf unterliegenden Terrains und dergleichen. Die Geltendmachung des Schadenersatzanspruches wird nach Bardzki auch dadurch nicht ausgeschlossen, daß die fraglichen Entscheidungen unter Mitwirkung von Richtern erfolgt sind und daß sie ebenso wie die Gerichtsurteile in Rechtskraft erwachsen.

Abgesehen davon, daß Vorstehendes die an dieser Stelle mehrfach geäußerten Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit der Agrareform bestätigt, ist es in seinen Folgerungen für die Deutschen in Polen in folgendem Zusammenhang von besonderer Bedeutung: in letzter Zeit mehren sich die Fälle, wo Personen, die bisher auch von polnischer Seite als polnische Staatsbürger anerkannt worden sind, mit ihrem Vermögen der Liquidation unterworfen werden. Beschwerden im Verwaltungswege, die dieserhalb angebracht wurden, sind bisher ausnahmslos gescheitert. In dieser Lage bietet die Anrufung der ordentlichen Gerichte eine nicht zu unterschätzende rechtliche Garantie; denn wenn im Gerichtsverfahren, das von dem den Liquidationsbehörden erteilten Weisungen unabhängig ist, festgestellt wird, daß der Kläger polnischer Bürger ist und infolgedessen der Liquidation nicht unterliegt, so dürfte die Höhe der zu erwartenden Schadenersatzansprüche auch für den Fortgang des Liquidationsverfahrens von besserer Wirkung sein, als jede Beschwerde. Auch ist anzunehmen, daß die mit der Bearbeitung der Liquidationssache betrauten Beamten in anderer Weise als bisher arbeiten werden, wenn sie befürchten müssen persönlich wegen einer verfassungswidrigen Entscheidung in Anspruch genommen zu werden. Die Art des praktischen Vorgehens läßt sich natürlich immer nur im Einzelfall bestimmen, doch wird es grundsätzlich richtig sein, den das Liquidationsverfahren einleitenden Beschluß mit der Klage auf Feststellung der Unzulässigkeit der Liquidation zu beantworten, sofern das Vermögen polnischer Bürger der Liquidation unterworfen werden soll. Damit würde wenigstens durch Einschaltung des ordentlichen Rechtsweges diejenige Rechtsgarantie gewonnen worden sein, welche man nach den Motiven des Liquidationsgesetzes vom 15. Juli 1920 im „staatlichen Interesse" auszuschalten versucht hat.

Rechtsanwalt Dr. Rukser.

## Die Verhandlungen mit den Piasten.

Die Krakauer Beratungen der Nationaldemokraten mit den Führern der Witosgruppe sollen zwar auf einige Schwierigkeiten gestoßen sein, werden aber trotzdem fortgesetzt, und die Väter des Gedankens eines Blockes Rechts-Mitte geben die Hoffnung auf das Zustandekommen des von ihnen angestrebten Zusammenschlusses nicht auf.

Nicht erwünscht erscheint dieser Zusammenschluß begreiflicherweise der Nationalen Arbeiterpartei, die sich in der Sonntagsnummer ihres Posener Organs (der „Prawda") folgendermaßen darüber ausspricht:

„Der Verband der christlich-nationalen Einheit muß Herrn Witos große Versprechungen gemacht haben, wenn dieser darüber vergißt, wie viele Kübel Schmutzwasser die Chjena im Laufe der Zeit auf ihn ausgegossen, mit wie vielen Verleumdungen sie ihn beworfen hat. Viel muß der schlaue Bauer der „Acht" abgehandelt haben, wenn er jetzt denen die Hand reicht, von denen er im Dezember im „Piast" schrieb, daß man sich zwar mit seinen schlimmsten Feinden einigen könnte, daß aber das Ehrgefühl eines anständigen Menschen es ihm verbieten müsse, sich mit Verleumdern an einen Tisch zu setzen. Jetzt erlaubt das „Ehrgefühl des anständigen Menschen" ihm sogar, daß er mit der Acht gemeinsam an die volle Regierungskrippe geht. Lange haben die „Schachergeschäfte" des Herrn Witos mit der Chjena gedauert. Sehr lange, und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil sich dennoch im Klub der Piasten wirklich anständige Leute mit Herrn Dąbski an der Spitze fanden, die in offener Opposition gegen ein Bündnis der Bauern mit den Kapitalisten und Latifundiern standen. Gegenwärtig ist diese Gruppe leider auf 16 Abgeordnete zusammengeschrolzen, da es Herrn Witos zum Teil gelungen ist, seine Bauern von der Notwendigkeit einer von der Rechten gebildeten parlamentarischen Regierung zu überzeugen. Die Kombinationen finden jedoch ein ziemlich ernstes Hindernis, nämlich daß Herr Dąbski erklärte, daß er im Falle einer Einigung der Witosleute mit der Acht mit seinen Anhängern aus dem Piastenklub austreten würde. Dann würde dem neuen Block eine ziemlich beträchtliche Anzahl von Stimmen für die zur Regierungsbildung notwendige parlamentarische Mehrheit fehlen, und die Verbündeten müßten sich, wie einst Erzbischof Teodorowicz und Herr Korfanty in Sachen des Herrn Trąmpczyński, zu den jüdischen Rabbinern mit der Bitte um Unterstützung begeben. Und das würde ihnen heute nach den mannigfachen Hetzen ziemlich schwer werden. Vielleicht schreckt sie die Scham vor der Bevölkerung ab, aber im Stillen wird mit den Juden verhandelt. Genug, der Bauern-Großgrundbesitzerblock hat nicht den Mut, damit öffentlich aufzutreten. Deshalb sucht er sich einen weiteren rein polnischen Verbündeten, um die fehlende Lücke auszufüllen. Und sein Blick fiel natürlich auf die Nationale Arbeiterpartei. Wir sollen in die Regierung eintreten. Man schlägt uns die Übernahme eines Portefeuilles vor, und natürlich fehlt es nicht an süßen und vielversprechenden Worten.

Werden wir uns verführen lassen? Werden wir den Klängen der erzpatriotischen und „erzchristlichen" Redensarten folgen, die nichts anderes in sich verbergen, als das persönliche Interesse der kapitalistischen Parteien? Die Antwort kann nur so lauten: Nein und nochmals nein! Weshalb? Nehmen wir zuerst die Worte des Herrn Witos: „Mit meinem Gegner einige ich mich, aber mit einem Lumpen setze ich mich nicht an einen gemeinsamen Tisch!" — und dann fragen wir uns, ob die von der Acht der nationalen Arbeiterpartei gegenüber angewandten Methoden die eines verbitterten oder eines vornehmen Gegners waren? Als was soll man es bezeichnen, wenn wir in der Presse, in Versammlungen und auf Kanzeln Gottlose, Gottlästerer und Antichristen genannt werden? Nein, mit solchen Leuten können wir nicht zusammengehen.

Die Nationale Arbeiterpartei hat sich nicht umsonst den Namen einer nationalen Partei zugelegt. Das bedeutet soviel, als daß sie die Staatsinteressen schützen muß. Und was gibt uns die Gewähr dafür, daß eine Regierung der Rechten und der Bauern eine unserer hauptsächlichen Verpflichtungen ernst nehmen wird? Denn die bisherige „staatliche" Tätigkeit der Chjena läßt dieses bezweifeln. Denken wir an die dauernde Untergrabung der Autorität nicht völlig rechtsgerichteter Regierungen, denken wir an das raffinierte Aufhetzen gegen die höchsten Würdenträger des Staates, das seinen Höhepunkt in der schauerlichen Tat Niewiadomskis erreichte. Hat die Acht dadurch den Beweis tatsächlichen Verständnisses für die Staatsinteressen gezeigt? Weiter. Wir haben uns auch den Beinamen einer Arbeiterpartei zugelegt. Hieraus ergibt sich für uns die Pflicht, die berechtigten Interessen des Arbeitervolkes zu verteidigen. Und das werden wir niemals zeigen, wenn wir mit den Kapitalisten und Latifundiern in einer Reihe Platz nehmen. Es trennen uns ganz und gar die Wirtschaftsprogramme. Ihnen geht es um Vollpfropfung ihrer Taschen, uns aber um den satten Magen und das Auskommen der Arbeiter. Wir müssen wissen, daß die Nationale Arbeiterpartei als kleine Gruppe keine entscheidende Stimme haben und stets der Bauern-Großgrundbesitzmehrheit unterliegen würde. Wir könnten dann nicht mit reinem Gewissen vor unsere Wähler treten und sagen: „Wir verfechten Eure Sache mit Erfolg." Ein Vertrag zwischen „N. P. R." und „Acht" ist ein Vertrag zwischen Fisch und Krebs. Wir könnten durch nichts dem Volke dienen und müßten alle Konsequenzen tragen. Ein altes Sprichwort sagt, daß man nicht den hängt, der der Schuldige ist. Wir haben die Wahrheit des Sprichwortes erfahren, als wir in das Ministerium des ehemaligen preußischen Teilgebiets eintraten. Trotz der fruchtbaren und ergiebigen Arbeit unseres Vertreters, Dr. Wachowiaks, stießen wir auf jedem Schritt und Tritt auf Vorwürfe und Insinuationen. Ähnlich jetzt. Man kann schon von vornherein sagen, daß an allem die „N. P. R." schuld wäre."

Die „Prawda" kommt zu dem Schluß, daß die „N. P. R." die geplante Regierung nicht unterstützen könne und auch nicht unterstützen werde.

Die Rechtspresse äußert sich nach wie vor sehr optimistisch über den geplanten Block. Sie schreibt, daß die Verständigung zwischen Witos und den Rechtsparteien bestimmt zur Bildung einer polnischen Mehrheit führen wird. Die Verhandlungen seien langdauernd und deshalb gründlich, ein Beweis dafür, daß der Wille zur Verständigung auf beiden Seiten da sei. Lange hätte die polnische Allgemeinheit auf diesen Augenblick gewartet. Inzwischen hätten jene Elemente, die gern im Trüben fischen, Zeit gehabt für ihre destruktive Arbeit. (!) Endlich sei die Zeit gekommen, wo die „Regierung der nationalen Minderheiten" aufhören werde, dank der etwas spät kommenden Einsicht der Volksparteiler, im Gegensatz zu der Verblendung der Wyzwoleniegruppe. Nun werde in Polen ein „normales politisches Leben" beginnen und die Verhältnisse sich stabilisieren. Es bestehen zwei Möglichkeiten: entweder die polnischen nationalen Parteien verständigen sich unter einander und betreiben die Politik der westeuropäischen Mächte, (!) oder aber: es wird weiter wie bisher in Polen geflickt durch außerparlamentarische Kabinette. Dann aber könnte die Zeit kommen, wo das Flicken nicht mehr möglich ist.

### Die bisherige Ergebnislosigkeit der Krakauer Verhandlungen.

Der in Krakau erscheinende „Goniec Krakowski" veröffentlicht folgenden Bericht über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen in Krakau:

„Die Ergebnisse der Krakauer Beratungen sind bisher unbekannt. Aus der Erregung der Linkspresse könnte man annehmen, daß sie günstig stehen. Und selbst wenn die Verhandlungen scheitern sollten, so muß die Tatsache der Krakauer Diskussion reiche Früchte für die Zukunft bringen; denn zu einer Verständigung muß es und wird es kommen, wenn auch nach Monaten."

Dasselbe Blatt veröffentlicht eine Unterredung mit einem Abgeordneten des Nationalen Volksverbandes. Aus dieser Unterredung geht hervor, daß Gegenstand der Beratungen sein müssen: Die Durchführung der Agrarreform, das Steuersystem für die Finanzsanierung, außerdem eine ganze Reihe von Fragen, die das ganze Staatsleben betreffen, also die innere und äußere Politik, besonders die Verfassung der Gemeinden, Kreise und Wojewodschaften, die Wahlordnung zu den Selbstverwaltungskörperschaften, die Grenzmarkenpolitik, das Verhältnis der nationalen Minderheiten, Schul- und Bekenntnisfragen, Fragen der Industrie und des Handels und Arbeiterfragen. Alles dies muß genau besprochen und vereinbart werden, damit es nicht später Anlaß zu Streitigkeiten und Mißverständnissen gibt. Feinde der Verständigung sind viele. Man darf ihnen nicht leichtsinnig den Finger reichen, damit sie uns nicht in den Abgrund ziehen.

Zum Schluß stellt der Abgeordnete fest, daß der gute Wille zum Abschluß eines Vertrages vorhanden sei.

Der „Przegląd Poranny" erfährt, daß die Krakauer Beratungen große Meinungsverschiedenheiten in Portefeuillefragen aufgewiesen haben und daß der Abgeordnete Korfanty nach Kattowitz abgereist sei. Auch Sejmmarschall Nataj und der Führer der Piasten, Witos, sollen Krakau verlassen haben.

## Deutschfeindliche Stimmungsmacherei.

### Eine neue Welle deutschfeindlicher Artikel.

In der polnischen Rechtspresse hat in den letzten Tagen eine neue Welle deutschfeindlicher Artikel und Nachrichten eingesetzt. Das „Journal de Pologne", die „Gazeta Warszawska", die „Gazeta Poranna" und die „Rzeczpospolita" gehen mit immer gleicher Tendenz gegen die deutsche Minderheit in Polen aggressiv vor und lassen es dabei an feindlichen Bemerkungen über Deutschland nicht fehlen.

### Für eine starke polnische Front gegen Deutschland.

Im Zusammenhang mit der Anwesenheit des Generals Le Rond in Warschau und dem bevorstehenden Besuch des Marschalls Foch verdient ein Artikel der „Gazeta Warszawska" Aufmerksamkeit der die Notwendigkeit einer starken polnischen Front gegen Deutschland betont. Diese Front müsse durch ein polnisch-tschechisches Bündnis gefestigt werden.

## Aus Warschau.

### Vom Sejm.

Die Tagesordnung der ersten Sejmsitzung nach den Osterferien (am 12. d. Mts.) enthält u. a. folgende Punkte: 1. Erste Lesung des Gesetzes über den zweiten Zusatz zum Staatshaushaltsvoranschlag für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1923. — 2. Erste Lesung des Gesetzes über die Besoldung der Militärbeamten. — 3. Erste Lesung des Gesetzes betr. Änderung der Bestimmungen über die Versorgung der Militärruhegehaltsempfänger. — 4. Erste Lesung des Gesetzes über die Amnestie aus Anlaß der Festlegung der Ostgrenzen Polens. — Einige neue Punkte betreffen den Ankauf von Rohnaphtha durch die Regierung und die Ausfuhr von Petroleum.

### Das Gesetz über den Ausnahmezustand.

Der am 22. März d. J. durch den Ministerrat beschlossene Gesetzentwurf betreffend den Ausnahmezustand stützt sich, nach „Rzeczpospolita", auf den Grundsatz der Erweiterung der Machtbefugnisse der Verwaltungsbehörden. Das neue Gesetz stimmt mit den Artikeln 122 und 123 der Verfassung überein. Danach kann der Ausnahmezustand verhängt werden zur Zeit eines Krieges oder bei Kriegsgefahr, bei inneren Unruhen oder im Falle ausgedehnter Verschwörungen mit staatsverräterischem Charakter. Er hebt folgende Staatsbürgerrechte vorübergehend auf: die Unverletzlichkeit der Wohnung, die persönliche Freiheit, die Arbeitsfreiheit, das Briefgeheimnis, das Vereins- und Versammlungsrecht. Gleichzeitig wird der Minister des Innern ermächtigt zur Herausgabe von Ausnahmeverordnungen und zum Gebrauch der bewaffneten Macht. Den Ausnahmezustand beschließt der Ministerrat auf Antrag des Ministers des Innern. Ist die Ursache der Einführung des Ausnahmezustandes beseitigt, so wird er durch den Ministerrat aufgehoben.

### Die antisemitischen Ausschreitungen,

die sich am vorigen Donnerstag in Warschau abspielten, hatten eine Unterredung zwischen einem Vertreter der Juden und dem Ministerpräsidenten zur Folge. Der Vertreter der jüdischen Bevölkerung, Abg. Hirschhorn, gab dem Ministerpräsidenten eine ausführliche Darstellung der Donnerstagsvorgänge, in deren Verlauf ungefähr hundert Juden verwundet wurden. Er betonte, daß im allgemeinen die Polizei sich ihrer Aufgabe gewachsen gezeigt hätte, daß sie aber über zu wenig Kräfte verfügte. Wären Polizei und Militär rechtzeitig und in genügender Stärke zur Stelle gewesen, dann wäre es nicht zu blutigen Ausschreitungen gekommen. Abg. Hirschhorn hob im

Laufe des Gesprächs hervor, daß die Hinrichtung des Prälaten Butkiewicz auch von der jüdischen Bevölkerung Polens durchaus verdammt würde. Die Entrüstung, mit der die Juden Polens die Nachricht von der Erschießung Butkiewicz aufnahmen, fand ihren Ausdruck in Protesten der Warschauer jüdischen Gemeinde und des Rabbinatsrates und in vielen anderen der Regierung zugegangenen Protesten jüdischer Organisationen und Institutionen. — General Sikorski erklärte in seiner Antwort, er hätte von den Vorgängen am Donnerstag mit großer Entrüstung Kenntnis genommen, und versicherte, daß die wegen Teilnahme an den Ausschreitungen Verhafteten der gerechten Strafe nicht entgehen würden. Die Untersuchung werde in vollstem Umfange energisch durchgeführt werden, und die Regierung würde keine weiteren Ausschreitungen zulassen. Während der Feiertage würden keinerlei Zusammenrottungen von den Behörden geduldet und die Schuldigen vor Gericht zur Verantwortung gezogen werden. Im Falle etwaiger Ausschreitungen sollte der Straßenbahnverkehr sofort eingestellt werden. Der Ministerpräsident versicherte, daß zwecks beweglicher Tätigkeit der Polizei alle Vorkehrungsmaßnahmen getroffen seien. Der Premier betonte weiter, daß er beim Entgegennehmen der auf dem Theaterplatz gefaßten Protestentschließung die Delegation gefragt habe, ob der Ernst des Augenblicks durch Ausschreitungen getrübt werden könne. Die Delegierten versicherten dem Ministerpräsidenten, daß es zu Ausschreitungen nicht kommen werde.

### Die Ausweisung von Ausländern,

die keine Aufenthaltsgenehmigung haben, aus Warschau soll am 14. April beginnen. Die Ausgewiesenen sollen mit einem Sonderzug nach Danzig gebracht werden.

### Die Besoldung der katholischen Geistlichkeit.

Nach dem neuen Besoldungsgesetz werden die Monatsbezüge der Geistlichen folgende sein: Kardinal 1 200 000 M., Erzbischof und Diözesanbischof 900 000 M., Suffraganbischof 700 000 M., Kanonikus 400 000 M. Propst 250 000 M., Kirchenrektor und Vikar 200 000 M., Alumands 150 000 M. Das Gesetz gilt vom 1. April d. Js. Da die neuen provisorischen Bezüge der Geistlichkeit nach den Beamtengehältern berechnet worden sind, steht den Geistlichen auch eine 33,5%ige Teuerungszulage zu. Über die endgültigen Bezüge wird noch der Sejm entscheiden.

## Generalstreik in Memel.

Aus Memel wird gemeldet: Die hiesigen Gewerkschaften proklamierten den Generalstreik, der denn auch am Freitag in vollem Umfange einsetzte. Der Parole der Gewerkschaften sind auch die andern Berufs- und Erwerbsgruppen spontan gefolgt, so daß sämtliche Geschäfte, Bureaus und Banken geschlossen sind. Als litauisches Militär die Post besetzte, verließen sämtliche Beamte das Postamt. Auch das Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk liegen still. Der Stellvertreter des litauischen Oberkommissars erließ auf Grund des im Memelgebiet noch bestehenden Ausnahmezustandes eine Verordnung, wonach Versammlungen und Umzüge auf den Straßen, sowie Streiks verboten sind. Eine am Freitag abend im Schützenhause zwanglos zustande gekommene Versammlung von Angehörigen aller Berufs- und Bevölkerungskreise stellte sich geschlossen auf den Boden der gewerkschaftlichen Forderungen. Die Versammelten betonten einmütig ihr Deutschtum. Ein Aufgehen in Litauen wurde mit Entrüstung zurückgewiesen; es sei die Autonomie versprochen, die restlos durchgeführt werden müsse.

Die für Sonnabend vormittag angekündigte große öffentliche Versammlung wurde nicht gestattet. Der nach Tausenden zählende Zug der Versammlungsteilnehmer begab sich darauf nach Sandkrug bei Memel. Die siebengliedrige Kommission, die am Donnerstag dem litauischen Vertreter die Forderungen der Gewerkschaften überbrachte, wurde verhaftet, ebenso der Schriftleiter der sozialdemokratischen „Memeländer Volksstimme", Buehrig.

In einer in Heydekrug am Freitag abend abgehaltenen Versammlung des Kaufmännischen Vereins Heydekrug wurde, laut „Memeler Rundschau", beschlossen, dem Beispiel der Memeler Berufsgenossen zu folgen und in den Abwehrstreik zu treten. Seit Sonnabend früh 8 Uhr sind sämtliche Geschäfte des Ortes geschlossen, teilweise hat auch die Arbeiterschaft bereits die Arbeit eingestellt. Voraussichtlich wird sich die gesamte Arbeiterschaft dem Streik anschließen.

## Keine Revolution in Rumänien.

**Die Gerüchte von einem Umsturz in Rumänien bewahrheiten sich nicht. Die königliche Familie ist nicht nach Alba Julia geflüchtet. Königin Maria hat während der Osterfeiertage ihre Kinder in Belgrad besucht und ist jetzt nach Bukarest zurückgekehrt.**

# Das Unheil an Rhein und Ruhr.

**Wein- und Zuckerraub. — Ein phantastischer Dieselmotor. — Gegen 12 Milliarden beschlagnahmt. — Die Reise Loucheurs. — Bonar Laws Ueberreizung. — Englands Geschäfte. — Die Stellungnahme der katholischen Kirche. — Die Schlacht am Birkenbaum. — „Mörder Poincaré."**

Da Deutschland seit Beginn der Ruhrbesetzung seine gesamten Reparationszahlungen und Leistungen eingestellt hat, so sieht sich Frankreich, dessen Wirtschaft sich ganz auf diese Lieferungen eingestellt hatte, gezwungen, den Versuch zu machen, sich das Erforderliche selbst zu nehmen. Die Zugriffe nach Kohle und Koks begannen vom ersten Tage der Besetzung an. Sie ergaben lächerlich geringe Summen, nämlich **1 Prozent der Mengen, die vor der Besetzung nach Frankreich gingen.** Ferner suchte man sich an dem Holz der deutschen Staatswälder schadlos zu halten. Man beschlagnahmte Sämereien usw. Erst jetzt ist durch eine Reihe von besonderen Verordnungen der Rheinlandkommission und der militärischen Oberbefehlshaber die Beschlagnahme in ein System gebracht worden. Danach werden beschlagnahmt: 1. alle Waren und Erzeugnisse, die von den alliierten Regierungen oder Staatsangehörigen auf Grund der Reparationsvorschriften bestellt wurden. 2. Die der deutschen Regierung gehörigen Vorräte an Maschinen, Vieh und sonstigen Gegenständen, die Frankreich zu Wiederherstellungszwecken fordert. 3. Überhaupt alle Gegenstände, die der deutschen Regierung oder einem deutschen Lande gehören, und zu Reparationszwecken brauchbar sind. Die deutsche Regierung hat natürlich Verwahrung eingelegt und verboten, derartige Lieferungen vorzunehmen. Die Beschlagnahme dehnt sich auf immer neue Gebiete aus. So wurden in Niederhausen an der Lahn die dem preußischen Staate gehörenden Weindomänen mit allen Erzeugnissen und Einnahmen beschlagnahmt. Bei Dortmund wurden zwei Zuckerfabriken besetzt, deren Rübenvorräte requiriert werden sollen.

Vielfach wird bei der Beschlagnahme technische und Handelsspionage getrieben. In der bei Mannheim besetzten Motorenfabrik Benz photographierte ein französischer Zivilist einen großen Dieselmotor für Handelsschiffe von allen Seiten. Nach einigen Tagen erschienen nochmals zwei französische Techniker, die verschiedene Teile abschraubten und Messungen vornahmen. Auf diese Weise suchen die Franzosen die deutschen technischen Fortschritte auszuspionieren. Als Grund für die Besetzung der Benzwerke, an die sich noch die Besetzung eines Außenviertels von Mannheim und des dortigen hessischen Bahnhofs anschloß, wird von französischer Seite aus angegeben, daß dort angeblich Flugzeuge im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages hergestellt wurden. Daß die Franzosen in einer phantastischen Furcht vor den seit jeher bekannten Riesenleistungen der deutschen Technik leben, zeigt sich in dem Gerücht, daß in den Benzschen Werken ein neuer Dieselmotor von 15 000—20 000 Pferdestärken vorgefunden wurde.

Der deutsche Widerstand dauert nicht nur ungeschwächt fort, sondern verschärft sich sogar noch. In Bochum beschlossen die Arbeiterorganisationen, diejenigen Kaufleute zu boykottieren, die den Franzosen Waren verkaufen. Die Eisenbahner und Transportarbeiter beschlossen, für diese Kaufleute keine Waren mehr zu befördern. Die deutschen Eisenbahner der Bezirke Frankfurt a. M., Ludwigshafen, Mainz, Trier und Karlsruhe haben die Forderung des Generals Degoutte, bis zum 3. April die Arbeit unter französischer Leitung aufzunehmen, einmütig abgelehnt. General Degoutte hatte allen Eisenbahnern, die den Dienst verweigern würden, die sofortige Ausweisung angedroht. Infolge der häufigen Eisenbahnunglücke muß Frankreich sehr viele Reparaturen vornehmen. Zu diesem Zwecke wurde eine neue Eisenbahnwerkstatt, nämlich die von Krefeld-Oppum, besetzt. Da die Leitung der Werkstätte von der Absicht der Franzosen unterrichtet war, wurden die Bücher und alle Aufzeichnungen bei der Besetzung nicht mehr vorgefunden. Die Arbeiter lehnten jede Mitarbeit ab. An Geldbeschlagnahmungen ist zu melden der Raub von 250 Millionen Mark in der Bochumer Reichsbankstelle. Ferner glückte den Eindringlingen auf der Rheinbrücke in Worms ein reicher Fang. Ein aus Mannheim kommendes Automobil mit 9½ Milliarden Reichsbankgeldern wurde beschlagnahmt. Früher hatte der Adjutant des Generals de Metz in Wiesbaden dem Vorstand der dortigen Reichsbank die bindende Zusicherung gemacht, daß Geldsendungen für die Reichsbank nicht beschlagnahmt würden. Auf die Vorstellungen des Vorstandes wegen Rückgabe der 9½ Milliarden wurde eine schriftliche Bescheinigung verlangt, daß dieses Geld nicht für Angehörige der Reichseisenbahn bestimmt gewesen sei. Trotzdem der Vorstand bescheinigte, daß die Gelder ausschließlich für Arbeiterlöhne der Industriebetriebe bestimmt seien, gab General Degoutte den Bescheid, daß die Summe dem Trésor von Frankreich und Belgien zur Gutschrift auf Reparationskonto zugeführt worden sei. In Mülheim wurde das Gebäude einer Druckerei, die Reichsbanknoten herstellt, besetzt, Druckplatten und Papier beschlagnahmt, der Geschäftsleiter verhaftet. **Die Franzosen raubten 2 Milliarden** fertiges Papiergeld.

Durch die Besetzungen richten die Franzosen fast immer erheblichen Schaden an. In der staatlichen Schachtanlage Bergmannsglück in Buer wurden die Lebensmittelmagazine des Werkes erbrochen, die Kleinkinderschule für die Arbeiterkinder besetzt, das Gaswerk stillgelegt. Sämtliche Bureauräume der Zeche wurden erbrochen und alle Akten, Zeichnungen, Tabellen, Statistiken usw. wild durcheinander geworfen. Nicht genug damit wurden auch die Spinde der bei Tage Arbeitenden erbrochen und das Privateigentum der Arbeiter und Beamten herausgerissen und beschädigt. Die Belegschaft der Zeche stellte den Eindringlingen das Ultimatum, die Torposten sofort zurückzuziehen, widrigenfalls die Notstandsarbeiten eingestellt würden. In diesem Falle stände die größte preußische Schachtanlage vor der Gefahr des Ersaufens.

Wann ist ein Ende dieser wirren Verhältnisse abzusehen? Man schreibt und spricht in England und Frankreich viel von der Reise Loucheur nach London. Loucheur wird übrigens als mutmaßlicher Nachfolger Poincarés bezeichnet. Er soll, wie man sagt, in kurzer Zeit auch Italien besuchen wollen. In England hat Loucheur eine gute Presse, da sein Zahlungsplan verhältnismäßig gemäßigt ist. Trotzdem dürfte es natürlich viel zu hoch gegriffen sein, wenn Loucheur meint, Deutschland könne etwa 150 Millionen Pfund jährlich zahlen, übrigens erst nach Abschaffung der gegenwärtigen Währung und Gesundung der Finanzen. In den finanziellen Fragen scheint Bonar Law mit Loucheur einig zu sein. Dagegen spricht man von Meinungsverschiedenheiten in der Frage einer selbständigen rheinischen Republik. Selbstverständlich erfährt die Tätigkeit Loucheurs die heftigsten Angriffe von seiten der französischen Nationalisten. Der bekannte und sehr einflußreiche royalistische Abgeordnete Leon Daudet interpellierte den Ministerpräsidenten mit der Frage, wieso ein früherer Minister nach einem der alliierten Länder reisen und sich dort mit Staatsmännern unterhalten könne, „als ob er selbst Ministerpräsident sei".

In London spricht man von einem bevorstehenden Regierungswechsel. Bonar Law soll infolge der politischen Schwierigkeiten der letzten Monate an einer derartigen Nervenüberreizung leiden, daß es für seine Umgebung schwierig sei, mit ihm zu verkehren. Eine Änderung der englischen Politik würde mit seinem Rücktritt wohl kaum verbunden sein, denn in England wird die Freude immer größer über das ausgezeichnete Geschäft, das die Ruhrbesetzung bedeutet. Die schottischen Häfen vermögen kaum die Zahl der Dampfer zu fassen, die zur Aufnahme von Kohlen vom europäischen Festland kommen. Die Zahl der amerikanischen oder aus anderen Ländern stammenden Einkäufer, die jetzt statt nach Deutschland nach England kommen, ist in ständigem Zunehmen begriffen. Nur wenige englische Politiker, die einen weiteren Blick haben, befürchten die Gefährdung des europäischen Gleichgewichtes im Falle eines Erfolges Frankreichs. Der frühere italienische Ministerpräsident Nitti hat jetzt in der „Pall Mall Gazette" einen scharfen Artikel gegen die Ruhrbesetzung veröffentlicht. Er warnt darin die Engländer vor den beiden Zielen der französischen Politik, nämlich 1. der Abtrennung der linksrheinischen Gebiete von Deutschland und ihrer Stellung unter französischer Kontrolle, 2. der Errichtung des französischen Monopols über die gesamte europäische Eisenindustrie durch den Raub der reichsten Kohlenfelder Deutschlands.

In Amerika hielt der schwedische Reisende Sven Hedin eine große Versammlung in dem Neuyorker Astor-Hotel, in der er sich

---

Amerikanisches Copyright 1921 bei Carl Duncker, Berlin.

# Der heilige Berg.

**Roman von Wilhelm Hagen.**

(66. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Fernleitner griff nach seinem Hut. „Dann bedaure ich lebhaft, andere Mittel gegen Dich anwenden zu müssen!"

„Das kannst Du halten, wie Du willst!" entgegnete der Generaldirektor feindselig. „Aber wenn Du es wagen solltest, Unruhen unter meine Gäste zu tragen, so mache ich von meinem Hausrecht Gebrauch!"

Kalt, ohne Gruß, verließ der Dichter das Hauptkontor, schnallte sich seine Skier an und fuhr zurück nach dem Observatorium. Dort wurde kurzer Kriegsrat gehalten, als dessen Ergebnis Fernleitner eine Reise nach München rüstete, um Völkers längst fertigen Artikel bei einer angesehenen Tageszeitung unterzubringen.

Als die betreffenden Nummern der Zeitung in Vogelreuthers Hotel anlangten, rüsteten wieder zahlreiche Gäste die sofortige Abreise, und dieses Mal gelang es seiner Beredsamkeit nur bei einem Teil der Gäste, sie von ihrem Vorhaben wieder abzubringen. Es half nichts, daß er sofort Klage gegen Völker und die Zeitung erhob, vergebens waren auch alle die schönen Tiraden, die Frantislav Vobraschek bei Tische zum besten gab, die ruhige nüchterne Schreibweise Völkers hatte ihre Wirkung getan: die Partie stand für Vogelreuther ungünstig.

Aber er wäre nicht der rücksichtslose Draufgänger gewesen, als der er sich noch immer erwiesen hatte, wenn er sich durch diesen ersten Stoß schon aus dem Sattel hätte heben lassen. Am Tage nach dem Erscheinen des Völkerschen Artikels fuhr er mit Vobraschek nach München, zwang dort seinen Geologen zu einem entsprechenden Gegenartikel und verstand es, diesen Aufsatz durch Vobraschecks Vermittlung in derselben Zeitung unterzubringen, die Völkers Angriff veröffentlicht hatte.

Dieser geschickte Schachzug verfehlte seine Wirkung auf die zahlreichen Gemüter nicht, welche die Entwicklung des Streites bereits mit Interesse verfolgten. Der Angriff Völkers schien durch die Entgegnung seines Fachkollegen pariert, und die Schale Vogelreuthers zog anscheinend wieder siegreich in die Höhe.

Aber bald erwies es sich, daß dieser Sieg zu billig erkauft war, die Entgegnung des Münchener Geologen enthielt nämlich mit besonderem Nachdruck alle die Punkte, in denen Vogelreuther den Gelehrten entweder durch Angabe falscher oder durch Verschweigen wahrer Tatsachen getäuscht hatte und bot somit mehrfach ausgezeichnete Gelegenheit, schlagfertig zu erwidern, den Angriff zu erweitern und durch Ergänzung vernichtend zu gestalten.

Die Zeitung, welche die Kontroverse durch Völkers ersten Aufsatz eröffnet hatte, brachte nun selbstverständlich auch eine Rückäußerung auf den Gegner eines Fachkollegen, und diese war unter Mithilfe Fernleitners so glücklich abgefaßt, daß der Streit mit einem Schlage über die Untiefen fachwissenschaftlicher Auseinandersetzungen hinweggehoben war und einzig die Frage zur Debatte stellte, ob Vogelreuther seinen Geologen falsch informiert hatte oder nicht.

Die Zeitung verwies dann mehr in einem redaktionellen Schlußwort selbst darauf, daß sich nunmehr die Dinge zu einer gerichtlichen Klarstellung zugespitzt hätten, und forderte den Generaldirektor mit ziemlich unverblümten Worten auf, die zur amtlichen Klärung nötigen Schritte einzuleiten.

Als Vogelreuther diese Zeilen las, hatte er ein paar böse Stunden; denn er wußte nur allzu gut, wie er das Gutachten seines Sachverständigen durch falsche Angaben gefälscht hatte und war viel zu klug, um nicht zu wissen, daß ein Prozeß mit diesem Beweisthema eine Entwicklung nehmen könnte, die man kaum mehr in den Händen behielt. Daß dieser Prozeß indes unabweislich blieb, darüber belehrte ihn ein schon nach wenigen Tagen eintreffendes Schriftstück der zuständigen Verwaltungsbehörde, welches sich in wenigen höflichen Worten nach dem Stand der Dinge erkundigte und anfragte, ob Vogelreuther Klage anstrengen würde oder nicht.

Und nun begann Vogelreuthers letzter Verzweiflungskampf. In einem energischen Schreiben an die Behörde erklärte er alle Behauptungen Völkers für falsch und verwies mit hoheitsvoller Geste auf den Prozeß, den er inzwischen gegen Völker tatsächlich hatte anstrengen lassen.

Die nämliche Siegessicherheit trug er auch den Hotelgästen zur Schau und es gelang ihm, wenigstens so viele von der Güte seiner Sache zu überzeugen, daß das Hotel nicht gänzlich entvölkert wurde.

Manche Fremde zogen sogar noch aus diesem verwickelten Verhältnis den Genuß einer Sensation; denn es kitzelte ihre Nerven, in einem Hotel zu wohnen, mit dem sich das allgemeine Interesse in dermaßen hohem Grade beschäftigte, und das immerhin unter der Gefahr eines Ereignisses stand, wie es nicht alle Tage vorkam. Ein paar Engländer begannen sogar schon mit Fernleitner und Vogelreuther Wetten abzuschließen, und an den Tischen drehte sich das Gespräch um nichts, als um den großen Streitfall und seine möglichen Folgen.

Frantislav Vobraschek aber war der Hecht, der in diesem wohlgefüllten Karpfenteiche seine Jagdzüge veranstaltete. Er schwirrte von einem Tische zum anderen, erfand eine ansehnliche Menge unglaublicher Geschichten und überschwemmte die Zeitungen mit geschickten Stimmungsbildern aus dem angeblich bedrohten Hotel, in dem die Laune gleichwohl täglich höher stieg.

Und als er einmal eines Tages nicht so stark unter dem Druck des Alkohols stand, wie sonst, raffte er sich sogar zu dem großen oft besprochenen Feuilleton auf, das unter einer Rakete billiger Witze von dem halbverrückten Dichter Fernleitner und seiner fixen Idee erzählte, alle ernsten Seiten der Angelegenheit ins Lächerliche zu ziehen versuchte und so auf seine Weise Stimmung für Vogelreuther machte.

Das Konkurrenzblatt der Zeitung, die Völkers Angriff gebracht hatte, druckte den Aufsatz ab, und er fand willige Lacher unter alle den Menschen, die ein Vergnügen daran hatten, wenn ein Großer von einem Kleinen tüchtig zerzaust wird.

Als die Zeitungen mit Vobrascheks Spottartikel im Hotel eintrafen, wanderte der Journalist mit stolz geschwellter Dichterbrust von Tisch zu Tisch, jedem der Gäste ein Exemplar unterbreitend.

(Fortsetzung folgt.)

warm für Deutschland einsetzte. Am Schluß der Versammlung wurde einmütig gegen den brutalen und feigen Einfall in das Ruhrgebiet protestiert, der die Zivilisation schwer gefährde und für Frankreich eine Schande sei. So dringt allmählich die Wahrheit in immer weitere Kreise. Auch hohe Würdenträger der katholischen Kirche wenden sich gegen die französische Mißhandlung des deutschen Volkes. Kardinal Schulte von Köln ist auf dem Wege nach Rom, um dem Papst über die Lage des besetzten Gebietes Bericht zu erstatten. In welchem Sinne dieser ausfällt, nämlich im Sinne einer scharfen Verurteilung der Franzosen, ist aus den bisherigen Kundgebungen des Kardinals klar ersichtlich. Kardinal Faulhaber aus München reist nach den Vereinigten Staaten, um dort Predigten und Vorträge zu halten. Der päpstliche Abgesandte Monsignore Testa empfing am Freitag den deutschen Industrieführer Fritz Thyssen aus Mülheim. Welchen Wert die Franzosen auf das Urteil des päpstlichen Delegaten legen, ist daraus zu ersehen, daß sie vor seinem Besuch in Bochum plötzlich die Straßensperre für die Bevölkerung aufhoben und den Bürgern allerlei Erleichterungen gewährten. Monsignore Testa wird sich durch solche Potemkinschen Dörfer nicht täuschen lassen, denn er hat den Grundsatz, sich von den Vertretern aller Bevölkerungsschichten in persönlichem Gespräch über die Tatsachen unterrichten zu lassen.

Unter den deutschen Maueranschlägen, die die Franzosen in den westfälischen Bergwerksstädten vorfinden, befindet sich eine geheimnisvolle Zeichnung: Ein drohendes, dunkles Antlitz und zwei geballte Fäuste, die angelegte Ketten sprengen, dabei das Wort: „Am Birkenbaum", sonst nichts. Dieses Plakat weist auf eine uralte Sage hin, wonach an einem Birkenbaum in der westfälischen Heidegegend zwischen Hamm, Paderborn, Werb und Unna eine ungeheure letzte Entscheidungsschlacht zwischen Deutschen und Franzosen entbrennen soll. Schon seit 1866 bemühen sich die französischen Gelehrten, diese Sage im Sinne des französischen Imperialismus umzudeuten. Die Schlacht am Birkenbaum spielt eine wichtige Rolle in den phantastischen Kriegsromanen, mit denen bereits vor dem Weltkriege französische Offiziere die Kriegslust ihres Volkes anzufachen suchten, so bei dem Major Driant („La guerre de demain"), bei dem Colonel Boucher in der Hetzschrift „L'offensive contre l'Allemagne" und in der tollen Schrift des Kommandanten de Civrieux „La fin de l'empire allemand". Der geheimnisvolle Hinweis auf diese dunkle Sage hat für die Franzosen keineswegs etwas Tröstliches und Aufmunterndes, sondern etwas Bedrohendes und Unheimliches. In der Tat, mag auch die Lage für Deutschland sehr gefährlich sein, noch weit gefährlicher ist sie für Frankreich. Auf die größte Machtentfaltung folgte gerade bei Frankreich oft der tiefste Sturz. Ein Jahr nach Moskau erlebte Napoleon sein Leipzig, und zwei Jahre später saß er auf St. Helena. Es ist kaum denkbar, daß Poincarés Gewaltpolitik zu einem guten Ende führen wird. Kürzlich drängte sich in Paris eine Kommunistin an Poincaré heran und schrie ihn mehrere Male laut an: „Mörder Poincaré!", worauf sie sich ruhig verhaften ließ. Mag diese Stimme kommen aus welchem Munde sie wolle, daß ein solcher Zuruf überhaupt gewagt wird, ist beachtenswert. Die französische Politik auf der einen Seite und der Kommunismus auf der anderen arbeiten Hand in Hand und können durch ihre verderbliche Tätigkeit eine schwere Katastrophe herbeiführen, wenn nicht doch noch die Vernunft siegt.

### „Belgische Scherze".

Kaufmann Schilinski in Ruhrort, der von den Belgiern wegen Waffentragens verhaftet wurde und entflohen ist, hat vor der zuständigen deutschen Behörde Angaben gemacht, die ein geradezu grauenhaftes Bild der Moral der belgischen Truppen entrollen. Nach seiner Festnahme wurde Schilinski im Wachtlokal derart behandelt, daß er tagelang kein Glied rühren konnte. Ärztliche Hilfeleistung wurde ihm versagt. Dann wurde er später abermals geschlagen, bis er besinnungslos zusammenbrach. Nunmehr wurde ein Eimer Wasser über ihn geschüttet. Dann mußte er sich unter Bedrohungen vollständig ausziehen und wurde unter einen Wasserhahn gesetzt. Gleichzeitig wurden weitere Eimer eiskalten Wassers über ihn geschüttet. — Hierauf mußte er sich die Hose anziehen, dann wurde an einem Abflußhahn ein Wasserschlauch befestigt und der Schlauch wurde ihm hinten in die Hose hineingesteckt und dann das Wasser laufen gelassen. Nunmehr stellte man ihn unter Bewachung eine Viertelstunde ins Freie. Dann wurde er hereingeholt und an den glühenden Ofen zum Trocknen gestellt. Bei dieser Gelegenheit wurde er mit glühenden Kohlen und Zigarettenstummeln beworfen. Sein Körper weist jetzt noch Brandwunden auf. Dann zwang ihn die Wache, auf eine Kiste zu treten und mit einem Besenstiel Gewehrgriffe zu machen. Fortwährend wurde an die Kiste gestoßen, wobei der Bedauernswerte mit dem Hinterkopf an die Wand stieß.

## Poincarés Vorarbeit für den Weltkrieg.

In der Rede, die vor einigen Wochen der deutsche Reichskanzler in München gehalten hat, findet sich ein Satz, der besondere Beachtung verdient. Er sei um seiner Bedeutung willen hier wörtlich wiederholt: „Wie ich hier ausdrücklich feststellen möchte, ist aus dem seit Unterzeichnung des Versailler Vertrages veröffentlichten Depeschenwechsel der russischen Diplomatie der unanfechtbare Beweis zu erbringen, daß alles was von der französischen Regierung über Deutschlands Verhalten bei Entstehung des Weltkrieges gesagt wurde, erfunden oder tendenziös entstellt ist."

Eine neue Bestätigung für die Wahrheit dieser Behauptung geben weitere Veröffentlichungen russischer diplomatischer Dokumente, die in der „Humanité" von Jacques Mesnil mitgeteilt werden. Es handelt sich um einige Auszüge aus dem zweiten Band des russischen Schwarzbuches, das die Sowjetregierung nach den Geheimarchiven des Zarenreiches zusammengestellt hat. Über die Rolle der Pariser Presse bei der Vorbereitung des Krieges gibt ein Telegramm Iswolskis vom 18. September 1913 eine Andeutung. Damals war ein deutscher Militärinstrukteur nach Konstantinopel geschickt worden, und in den Auswärtigen Ämtern von Paris und Petersburg zeigte sich einige Aufregung. Iswolski telegraphierte: „Die uns ergebenen Zeitungen, wie der „Matin", verlangen von mir Instruktionen. Wenn wir ihnen keine Direktiven geben, könnten sie vielleicht eine falsche Richtung einschlagen." In dem gleichen Telegramm urteilt Iswolski über das Kabinett Doumergue: „Das jetzige Kabinett neigt seiner ganzen Natur nach nicht zu einer aktiven Politik. Seine Wirksamkeit muß von uns sorgfältig geleitet und bewegt werden." Das wird anders, nachdem Poincaré Präsident der Republik geworden ist. Schon im Jahre 1912 hatte er als Außenminister dem Zaren empfohlen, strategische Eisenbahnen zu bauen, welche die Truppentransporte zur deutschen Grenze erleichtern könnten. Die gleiche Empfehlung wiederholt er dringend am 20. März 1913, als er den neuen Botschafter Delcassé seinem „treuen und großen Freunde" empfiehlt. Das Schwarzbuch enthält auch die Protokolle der Konferenz, welche die Chefs der französischen und russischen Generalstäbe miteinander gehabt haben, um die Offensive vorzubereiten. Zu gleicher Zeit wird versucht, England fester mit der Entente zu verbinden. Die Abmachungen erfolgen durch Briefe, damit die englische Regierung vor dem Parlament sagen könne, sie sei durch keine festen Verpflichtungen gebunden. Der russische Botschafter in London, v. Beneckendorff, wünscht am 26. Juli 1914 dem Minister Sasonow noch Glück zu seiner vorsichtigen Sprache, „die absolut notwendig ist, wenn für die künftige Aktion die englische Hilfe gesichert werden soll." Auch nicht einen Augenblick denkt Beneckendorff daran, daß Sasonow daran gelegen sein könnte, den Frieden zu wahren. Iswolski wußte noch besser Bescheid. Am 17. Juli 1914 telegraphierte ihm Sasonow, weil er erfahren hat, daß der Minister Viviani-Martin eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter v. Schoen gehabt hat: „Wenn es sich etwa um den Versuch einer mäßigenden Einwirkung in Petersburg handelt, lehnen wir das von vornherein ab." Iswolski kann am nächsten Tage antworten: „Der Minister hat die Möglichkeit einer mäßigenden Einwirkung in Petersburg auch nicht einen Augenblick zugegeben." Aus diesem Telegrammwechsel scheint hervorzugehen, daß in den kritischen Tagen der deutsche Botschafter in Paris das französische Kabinett zu einer „mäßigenden Einwirkung in Petersburg" zu bewegen suchte, und daß dieser Versuch von Frankreich abgelehnt wurde. Schon am 17. Juli hat Iswolski telegraphiert, daß die französischen Minister „von der festen und ruhigen Entschlossenheit durchdrungen seien, Rußland vollkommen zu unterstützen und selbst den geringsten Anschein einer Meinungsverschiedenheit zu vermeiden". Er telegraphiert weiter: „Rußland mobilisiert. Von Paris wird mir geraten, das Ziel zu verbergen. Der Kriegsminister Messimy fürchtet, die Russen könnten erklären, daß sie im höheren Interesse des Friedens ihre Mobilisation etwas langsamer durchführen würden, — was sie ja nicht zu hindern braucht, ihre Vorbereitungen fortzusetzen und sogar noch zu verstärken."

**Der Krieg war nicht mehr zu vermeiden. Es handelte sich nur noch darum, die Kriegserklärung der deutschen Regierung zu überlassen, damit das französische Parlament vor eine vollendete Tatsache gestellt wurde.** Diese Notwendigkeit soll Poincaré nach der Behauptung von Jacques Mesnil zweimal formell betont haben. **Die deutsche Regierung war so ungeschickt, in diese Falle zu gehen. Der Krieg brach aus.**

## Wieder eine Lüge über Deutschland zerstört.

**Aus Neuyork wird gemeldet: Der frühere amerikanische Admiral Sims erklärte nach einer Meldung der „Neuyork Tribune" im Cityklub von Los Angelos am 3. April: „Es ist kein authentischer Bericht über Grausamkeiten vorhanden, die je von den Kommandanten oder der Besatzung eines deutschen U-Bootes verübt worden wären. Die Pressеberichte über furchtbare Grausamkeiten dienten nur Propagandazwecken." Nach einer Washingtoner Meldung der „Neuyork Tribune" lehnte das Marineamt ein direktes Dementi dieser Erklärung, die in Amerika Aufsehen erregt, ab.**

Wieder ein Glied der schändlichen Lügenkette ist gesprengt, mit der die Greuelpropaganda der Northcliffepresse in England, der „Nowoje Wremja" in Rußland, des „Matin" in Frankreich und einer Unzahl von Preßtrabanten allenthalben die Ehre des deutschen Namens in Fesseln schlug. Die deutschen U-Bootskommandanten und -besatzungen haben stets unnötige Härte vermieden. Das ist um so mehr anzuerkennen, als während des Krieges rund die Hälfte aller deutschen U-Boote, d. i. 199 Boote, durch U-Bootfallen oder sonstige feindliche Maßnahmen vernichtet wurden.

## Kabinettskrise in Schweden.

### Demission Brantings.

Das Kabinett Branting hat am Freitag seine Demission eingereicht. Der Rücktritt des Kabinetts ist die Folge der Beschlüsse der ersten Kammer, die die von der Regierung befürwortete Regelung der Arbeitslosenfrage abgelehnt hat, obwohl Ministerpräsident Branting vorher ausdrücklich die Kabinettsfrage gestellt hatte.

Mit dieser Wendung erreicht die zweite Ministerpräsidentschaft Brantings, die im Februar 1921 begonnen hat, ihr Ende. Trotz des Sieges der ersten Kammer gilt es für unwahrscheinlich, daß die bisherige Linksregierung durch ein reines Kabinett der Rechten abgelöst wird. Man nimmt im Gegenteil an, daß auch das neue Kabinett in seiner Zusammensetzung dem alten ähneln wird. Man glaubt, daß ein Führer der Liberalen zur Kabinettsbildung berufen werden wird und zunächst versuchen würde, durch Verhandlungen mit dem Bauernbund eine tragfähige Mehrheit zu schaffen. Da König Gustav sich zurzeit in Italien zur Erholung befindet, dürfte die Krise kaum eine schnelle Lösung finden.

## Sowjetrußland.

### Krassin über die Handelsbeziehungen Rußlands.

Bei einem Besuch in Petersburg hatte der Volkskommissar für Außenhandel, Krassin, ein Interview mit dem Vertreter der „Rosta". Auf die Frage über die Lage und die Aussichten des russischen Außenhandels antwortete Krassin, daß in nächster Zeit anscheinend keine besonderen Veränderungen in bezug auf das Verhältnis Europas zur Sowjet-Regierung zu erwarten sind. Ungeachtet dessen festigt sich die internationale wirtschaftliche Lage Rußlands. Es festigen sich die Handelsbeziehungen nicht nur zu Deutschland und England, sondern auch zu anderen Staaten. So sind die Verhandlungen mit Schweden über die Wiederaufnahme der normalen Handelsbeziehungen zum Abschluß gekommen. Mit Norwegen besteht schon ein Handelsvertrag. Immer lebhafter wird das Interesse für Rußland und das russische Geschäft in der Schweiz und in Holland. Der Umfang der russischen Handelsgeschäfte ist natürlich nicht groß, was auf die Beschränktheit der russischen finanziellen Mittel zurückzuführen ist. Dessenungeachtet sind einige größere Geschäfte zum Abschluß gekommen; so hat der „Sewerolес" gemeinsam mit dem „Arcos" einen Vertrag mit einer norwegischen Schiffahrtsgesellschaft abgeschlossen, der den Abtransport der Holzmaterialien aus den Weißmeerhäfen sicherstellt. Die Handelsumsätze mit Polen sind vorläufig unbedeutend. Sie werden durch die politische Position, die Polen als feindlicher Vorposten gegen Rußland unter dem Einfluß Frankreichs einnimmt, behindert. Aber gerade in Frankreich kann man ein Wachsen des Interesses für Sowjet-Rußland feststellen. Trotz des Fehlens jeglicher offiziellen Beziehungen zu Frankreich besteht in Paris eine russische Handelsagentur, durch deren Vermittlung immer häufiger Geschäfte zustande kommen. Überhaupt, bemerkte Krassin, ist die Aufnahme offizieller Handelsbeziehungen mit Frankreich nur eine Frage der Zeit. Die Handelsbeziehungen mit Italien werden in letzter Zeit durch die schwere wirtschaftliche Lage Italiens und durch seine große Abhängigkeit von England und Frankreich, wie auch durch die Politik des Kabinetts Mussolinie behindert.

### Lettlands Zölle für Rußland.

Der lettländische Außenminister Meierowicz erklärte der Presse anläßlich der demnächst beginnenden lettländisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen, die mit Rußland zu treffenden Abkommen seien von größter Wichtigkeit; lettländischerseits würden die Vorarbeiten eifrig fortgesetzt, und man sei bereit, Rußland über die Meistbegünstigung hinaus evtl. besondere Vergünstigungen einzuräumen, eine Zollkonvention, jedoch keine wirtschaftliche Union einzugehen. Ferner sei eine Konsular- und eine Eisenbahnkonvention in Aussicht genommen.

## Die schulpolitische Lage im Deutschen Reich.

Donnerstag vormittag begannen im Hauptausschuß des preußischen Landtages die Beratungen des Kultusetats. Minister Dr. Boelitz nahm das Wort, um einen Überblick über den Gesamtetat und die besonderen Aufgaben seines Ministeriums zu geben. Auf die Frage, ob sich nennenswerte Ersparnisse auf dem Gebiet des Bildungswesens machen ließen, antwortete der Minister, daß unsere wissenschaftlichen Anstalten kaum Möglichkeit zur Sparsamkeit böten. Hier müsse die Höhe unserer Kultur gehalten, ja gesteigert werden. Auf einem Gebiete könne vielleicht gespart werden: in neuen Plänen und Projekten müßten wir als armes Volk uns bescheiden lernen. — Der großangelegte Grundriß der Einheitsschule müsse immer wieder revidiert und auf seine Vereinfachungsmöglichkeit geprüft werden. Es handele sich darum, die denkbar klarste Form der Einheitsschule zu erfassen; die Einheitsschule dürfe nicht eine Schule der Vereinerleiung sein, sondern müsse zu einer Schule der differenzierten Begabung werden. In diesem Zusammenhange ging der Minister auf die Reform der Lehrerbildung ein, die nicht nur eine Frage der Reform der Bildung für Lehrer an Volks- und Mittelschulen, sondern auch für die Lehrer an höheren Schulen sei. Es sei die nächste und dringendste Aufgabe die das Ministerium beschäftige; die dahingehenden Vorschläge würden bald das Staatsministerium beschäftigen. Trotz der finanziellen Not sei in den letzten anderthalb Jahren ein planmäßiger Gesamtaufbau des Schulwesens geschaffen worden. Der Minister gab einige Zahlen über die Not der Schulen und der Lehrkräfte im neuen Einbruchsgebiete und im altbesetzten Gebiete und fand Worte höchster Anerkennung für die Haltung der gesamten Lehrerschaft. Dazu seien auch in Oberschlesien, in Schleswig und in Ostpreußen die Folgen des Krieges noch nicht überwunden, und der preußische Staat habe die Verpflichtung, gerade in den Grenzgebieten in erster Linie für die Wiedergutmachung der Kriegsschäden einzutreten und für die dort so schwer heimgesuchte Schule zu sorgen. — Der Minister entwickelte sodann ein Bild der Neugestaltung des gesamten Schulwesens. Vom 1. April d. J. ab seien in Preußen 70 Aufbauschulen vorhanden, von deren Bewährung er sich außerordentlich viel verspreche. Die Erziehung zur Staatsgesinnung müsse im Vordergrund der Unterweisung der Jugend stehen. Dem Geschichtsunterricht, der staatsbürgerlichen Unterweisung, müsse auch der Raum im Unterricht zugebilligt werden, der ihm seiner Bedeutung gemäß entspreche, und die Lehrerschaft müsse in der Gesamterfassung ihres Berufs und ihrer Einstellung zur Jugend der starke Träger dieses Staatsgedankens sein.

### Eine Entschließung des Reichselternbundes.

Auf dem ersten Vertretertage des evangelischen Reichselternbundes in Braunschweig wurde einstimmig eine Erklärung zur schulpolitischen Lage beschlossen, worin der Reichselternbund von neuem die Forderung nach beschleunigter Verabschiedung des Reichsschulgesetzes erhebt. Er erklärt, daß für die evangelische Elternschaft nur ein Reichsschulgesetz annehmbar ist, das der evangelischen Schule völlige Sicherheit und Entfaltung gewährt. Die evangelische Elternschaft wird mit allen gesetzlichen und verfassungsmäßigen Mitteln weiterkämpfen, bis der Volkswille zur christlichen Erziehung sein Ziel erreicht hat. Das Ergebnis der Verhandlungen über die Lehrerbildung ist, daß der Reichselternbund die Bestrebungen der Lehrerschaft nach einer zeitgemäßen Ausgestaltung der Lehrerbildung begrüßt und unterstützt in der Erwartung, daß dabei die besonderen Belange der evangelischen Erziehungsarbeit die gebührende Berücksichtigung finden. Mit der Vorführung von Schönherrs „Glaube und Heimat" im Wandellichtbild und einem öffentlichen Erziehungsabend mit Vorträgen von Oberstudiendirektor Bruns (Magdeburg) und Lehrer Diesener (Berlin) fand die bedeutsame Tagung ihren Abschluß.

## Deutsches Reich.

** **Bürgermeister Dr. Reicke †.** Der frühere Berliner Bürgermeister Dr. Georg Reicke ist im Alter von 59 Jahren nach längerer Krankheit gestorben. Er ist auch als Dichter bekannt geworden und hat sich auch noch ohne Erfolg als Bühnendramatiker versucht.

** **Die vaterländischen Verbände fordern Auflösung der Kommunistischen Partei.** Die in voriger Woche in Berlin versammelten vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands faßten eine Entschließung, in der sie es als eine Forderung der Gerechtigkeit erklären, daß Gesetze und Verordnungen gegen jedermann gleichmäßig angewandt werden. Unter Hinweis auf die kürzlich erfolgte Auflösung der „Deutschen Freiheitspartei" wird festgestellt, daß durch zahlreiche Kundgebungen bewiesen sei, daß die Kommunistische Partei die Diktatur des Proletariats erstrebt, demnach die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform zu untergraben sucht. Die Kommunistische Partei muß demnach aufgelöst und verboten werden. Die Reichsregierung wird aufgefordert, die ausführenden Organe in diesem Sinne zur gleichmäßigen Durchführung des Gesetzes zum Schutze der Republik anzuhalten.

** **Verbotene Kommunistenversammlung in München.** Durch Flugzettel der kommunistischen Ortsgruppe München war hier kürzlich zu drei Versammlungen eingeladen worden, in der angeblich kommunistische Vertreter aus Frankreich, England, Italien, Deutschland und Rußland sprechen sollten. Die Versammlungen wurden jedoch verboten.

** **Festgenommene Landesverräter.** In Kassel sind mehrere Personen festgenommen, weil sie dem französischen Nachrichtenbureau in Düsseldorf Nachrichten über angebliche rechtsradikale Organisationen in Deutschland überbracht haben. Diese Nachrichten hatte ein gewisser Kaufmann Brüning, der Angestellter der „Deutschen Freiheitspartei" war, frei erdichtet. Das den Franzosen in die Hände gegebene Material war geeignet, bei diesen den Eindruck zu erwecken, als ob in Deutschland eifrig gegen Frankreich gerüstet würde, und daß Waffen in großer Zahl vorhanden wären.

## Freistaat Danzig.

†* **Ein tschechoslowakisches Konsulat soll nach Prager Blättermeldungen in Danzig errichtet werden.**

## Aus aller Welt.

**Das Attentat in Rom.** Zu dem Attentat auf den Sohn des deutschen Botschafters v. Neurath in Rom wird folgendes aus deutschen Kreisen Roms geschrieben: Der Botschafter und seine Familie waren abends in Gesellschaft. Nur der Sohn war zu Hause geblieben und erging sich allein mit dem Hunde des Botschafters im Park. Plötzlich pfiff eine Kugel aus dem Dickicht, und der junge Neurath fühlte sich am Vorderarm verwundet. Der Hund stürzte sich auf den Attentäter, aber ohne ihn zu erreichen. Merkwürdig ist, daß für den Überfall gerade der Abend gewählt worden war, wo der Botschafter und Familie abwesend waren. Die Attentäter mußten also gut informiert sein. Das Attentat scheint mit dem Überfall vom 5. März zusammenzuhängen und ist vielleicht als Racheakt von Angehörigen oder Freunden der damals Verhafteten zu erklären. Auch der neueste Vorfall zeigt wieder, wie unglücklich die Wahl der an der Stadtperipherie gelegenen Botschaftsresidenz war, deren einziger Vorzug darin besteht, für diplomatische Gartenfeste eine vortreffliche Stätte zu bieten.

**Auflösung des spanischen Parlaments.** Der König von Spanien hat ein Dekret unterzeichnet wodurch das Parlament aufgelöst wird und die Neuwahlen für den 27. d. Mts. anberaumt werden.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Mutter sowie für die schönen Kranzspenden sagen wir allen, insbesondere Herrn Pastor Matthe für die trostreichen Worte am Sarge der Entschlafenen, auf diesem Wege unseren **herzlichsten Dank.** (6560

Lehmannshof d. 5. April 1923.

**Familie Lehmann.**

---

# Hackmaschinen

System **„Woolnough“**
(wie von Dehne gebaut) (6332

**für Getreide u. Rüben**

liefert bei rechtzeitiger Bestellung in allen Breiten — desgl. Hackmesser

**Woldemar Günter,**
Landw. Maschinen u. Bedarfsartikel, Fette und Oele,
**Poznań,** ul. Sew. Mielżyńskiego 6.
— Telephon: 52-25 —

---

# Original „Ahlborns“ 20 Ltr.-Milchkannen

**mit Bügelverschluss**
kommen an. (6521

**„Lanz“-Handzentrifugen**
**am Lager,**
**sofort lieferbar.**

**Landwirtschaftl. Hauptgesellschaft**
**(Maschinen-Abteilung), Poznań, Wjazdowa 3.**

---

# Hackmaschinen

**„Dehne“-System** [6522
sind am Lager.

**Landwirtschaftliche Hauptgesellschaft,**
Maschinen-Abteilung,
**Poznań, Wjazdowa 3.**

---

**Kaufe erstklassiges, schweres Mastvieh**

und bitte um Offerte, Gattung und Gewicht.

**W. Jezierski, Poznań,** [6435
Telephon: 5213. ul. Fr. Ratajczaka 18.

---

Suche gut erhaltenen, kleinen

# Ponywagen f. Kinder

ein- und zweispännig zu fahren.
Angebote mit Preisangabe an

**Rodatz,**
6550 **Lutom** p. Sieraków.

---

**Ein zweijähriger Hengst,**

**Fuchs** mit Blesse, 1.68 m groß, **zur Zucht geeignet,** steht **zum Verkauf** bei [6538

**Furchert, Stara-Boruja** bei Kowy Tomyśl.

---

# Herrenzimmer (Eiche),

hochelegant,

**zu verkaufen.** (6557

**Rell, Poznań, Pl. Sapieżyński 11.**

---

Ausschneiden! Ausschneiden!

**Postbestellung.**

An das **Postamt**
in

Unterzeichneter bestellt hiermit
**1 Posener Tageblatt** (Posener Warte)
für den Monat April 1923

Name .....
Wohnort .....
Postanstalt .....
Straße .....

---

**Unerhörte Witze und Streiche.**

Lachsalven! **Teatr Pałacowy, Plac Wolności 6.** Lachsalven!

Vom 9. bis 15. April:

# Pat und Patachon

**oder: „Sie, Er und Hamlet“.**

Erzlustige Komödie in **6 Akten,** gespielt von den berühmtesten Komikern des Ekraus in Kopenhagen. Die Komödie erfreut sich in den größten Städten der Welt eines bisher unerhörten Erfolges.

**Beginn der Vorstellungen um 4½, 6½ u. 8½ Uhr.**

**Noch nicht dagewesene Komödie!**

---

# Poznańska Spółka Okowiciana,

**Spółdzielnia dla zbytu okowity z ograniczoną odpowiedzialnością w Poznaniu.**

Im Sinne des Genossenschaftsgesetzes vom 29. Oktober 1920 teilen wir mit, dass in der in Poznań am 6. März 1923 abgehaltenen Generalversammlung folgende Bilanz per 30. September 1922 genehmigt worden ist.

**I. Aktiva. Bilanz per 30. September 1922. II. Passiva.**

| | M | Pf | | M | Pf |
|---|---|---|---|---|---|
| 1. Kasse | 74 338 | 79 | 1. Geschäftsguthaben der Mitglieder | 60 958 271 | — |
| 2. Banken | 124 571 535 | 70 | 2. Reservefonds | 17 498 | — |
| 3. Konto-Korrent-Konto, Schuldner | 14 920 180 | 60 | 3. Steuerreserve | 14 563 752 | — |
| 4. Wertpapiere | 12 356 811 | — | 4. Fonds für Brennereiunterricht | 85 180 489 | 75 |
| 5. Anteil: Zach. Polskie Zjedn. Spiryt | 85 000 000 | — | 5. Prämienfonds | 182 104 843 | 20 |
| 6. Konto: Zach. Polskie Zjedn. Spiryt | 140 844 070 | 30 | 6. Gewinn | 34 942 083 | 44 |
| 7. Inventar | 1 | — | | | |
| | 377 766 937 | 39 | | 377 766 937 | 39 |

**I. Verlust. Gewinn- und Verlust-Rechnung. II. Gewinn.**

| | M | Pf | | M | Pf |
|---|---|---|---|---|---|
| 1. Handlungsunkosten-Konto | 10 584 500 | 60 | 1. Konto Wertpapiere | 14 177 930 | — |
| 2. Gewinn | 34 942 083 | 44 | 2. Konto Prozente | 386 195 | 24 |
| | | | 3. Konto Spiritusentschädigung | 30 962 458 | 80 |
| | 45 526 584 | 04 | | 45 526 584 | 04 |

---

# Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.

**Jahresabrechnung am 31. August 1922.**

| Aktiva | | Passiva | |
|---|---|---|---|
| Grundstücke und Gebäude | 350 003.— | Aktienkapital | 850 000.— |
| Wert-Einrichtungsgegenstände | 1.— | Hypotheken | 350 000.— |
| Büro-Einrichtungsgegenstände | 1.— | Dispositions-Konto | 200 000.— |
| Druckerei-Bestände | 24 794 497.68 | Reservefonds-Konto | 180 450.— |
| Verlagsbestände | 62 926.— | Werkserneuerungs-Konto | 1 450 000.— |
| Kassenbestände | 2 642 754.16 | Unerhobene Gewinnanteile | 498 958.— |
| Effekten | 1.— | Forderungen | 46 579 067.22 |
| Kautionsgelder | 22 168 75 | Reingewinn | 11 340 125.75 |
| Außenstände | 33 461 248.38 | | |
| Beteiligungs-Guthaben | 115 000.— | | |
| | M. 61 448 600.97 | | M. 61 448 600.97 |

**Gewinn- und Verlust-Rechnung 1921/22.**

| Soll | | Haben | |
|---|---|---|---|
| Abschreibungen | 20 959 20 | Betriebsergebnis | 24 803 832.66 |
| Handlungs-Unkosten | 4 415 171.49 | | |
| Zinsen | 4 345 264.13 | | |
| Grundstücksverwaltung | 4 852 571 63 | | |
| Reingewinn | 11 169 866.21 | | |
| | M. 24 803 832.66 | | M. 24 803 832.66 |

Der in der heutigen Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1921/22 festgesetzte Gewinnanteil wird sofort bei Einlieferung des Gewinnanteilscheines Nr. 2 mit M. 500.— für jede Aktie von der Bank für Handel und Gewerbe, der Bank Związku Spółek Zarobkowych, der Diskonto-Gesellschaft, der Posener Provinzial-Genossenschaftskasse, der Posenschen Landesgenossenschaftsbank, der Bank Poznańskiego Ziemstwa Kredytowego, sowie von unserer Geschäftskasse sämtlich in Poznań ausgezahlt.

Die aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Mitglieder wurden wiedergewählt. Für den verstorbenen Herrn Hoffmayer-Zlotnik und Herrn v. Bayme-Eichenhorst wurden Herr v. Treskow, Owinsk und Herr v. Sänger, Lukowo, gewählt.

**Poznań,** den 5. April 1923.

**Der Vorstand:**
Fischer v. Mollard. Naumann.

---

# PALMA

**Kautschuk-Sohlen u. Kautschuk-Absätze**

**Palma Kauczuk, Skład fabryczny, Poznań, Kanałowa 18.**

---

**Eckert** Ernte-Maschinen

**Lanz** Zentrifugen

sind jahrzehntelang erprobte Fabrikate! Sie bleiben unübertroffen, beliebt und bevorzugt in allen Teilen der Welt.

**Hackmaschinen**

Bauart Dehme in technisch vollendeten Ausführungen und

**Pflanzloch-Masch.**

System Sarrazin

Fabrikate **Kuhl u. Lippitz, Jauer** ab Lager Poznań beim **Generalvertreter in Polen**

**Ing. R. Jan Markowski**
**Grosshandlung landw. Maschinen,**
**Poznań**
Mielżyńskiego 23.
Telephon 52-43.

---

**Zu verkaufen:**
neue schwarze u. braune
**Halbschuhe, Gr. 36,**
**1 Sommerhut, neu.**
Zu erfragen ul. Dąbrowskiego 34, dom ogród I, rechts.

---

**KINO COLOSSEUM**
św. Marcin 65. (572

Vom 9. bis 15. April

# HARRY PEEL

mit seinem unvergleichlichen Spiel in dem außergewöhnlich spannenden Abenteuerdrama:

**Die Laune einer Milliardärin.**

---

Die **Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6,** Abteilg.:

**Versand-Buchhandlung**

liefert jetzt direkt an die Besteller folgende Werke und Zeitschriften:

**Dr. Josephy,** Lehrbuch der Geschlechtskrankheiten für Ärzte und Studierende.
**Prof. Müller und Uffka,** Rezepttaschenbuch sparsamer Arzenei-Verordnungen für Privat- und Krankenkassenpraxis.
**Leonid, Angora,** Der Freiheitskrieg der Türkei.
**v. Riesenthal und Ströse,** Jahrbuch für Jagdkunde. Heft 1—3.
**Heusz,** Karten-Auskunftei des Mahn- und Briefwesens.
**Croskl,** Die russische Revolution 1905.
**Janson,** Neues illustrieries Gartenbuch.
**Janson,** Die Ziergärtnerei.
**Anti,** Juden und Deutsche. Ein Resumé.
**Großmann, Marx,** Zur Judenfrage.
**Silberstorn,** Recken und Strecken. Nutzbringende Körper-Übungen für Vielbeschäftigte und Stubenhocker.
**Aleyl, Böhmerland** — Jahrbuch 1925.
**Martin,** Die beiden Ehen des Edgar Hallinger. Ein Roman für reife Menschen.
**Eichacker,** Verrückte Geschichten. Vortragsbuch — heiterer Zyklus.

Zeitschriften:

**Die Woche.** — **Daheim.** — **Velhagen und Klasing's** und **Westermann's** Monatshefte. — **Europäische Modenzeitung.** — **Für's Haus.** — **Deutsche Jägerzeitung.** — **Die Gartenlaube.** — **Der Bazar** (Frauen-Modeblatt). — **Vobachs Frauen- und Modenzeitung.** — **Elegante Mode** (14tägig).

**Sämtliche Bestellungen,**
auch solche von hier nicht angezeigten Büchern, Zeitschriften und Musikalien bitten wir **direkt an uns** zu senden!

**Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.**
**Poznań,** ulica Zwierzyniecka 6.

---

**Suche zu kaufen** eine fast neue oder neue **Standard Rekord-Dreschmaschine** (leicht 4).

**O. Löhr, Gorzykowo p. Witkowo.**

Dienstag, 10 April 1923 **Posener Tageblatt.** Beilage zu Nr. 80.

# Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 9. April.

## Erschütternde Tatsachen.

Kein Mensch, der sich ein mitfühlendes Herz in der Brust bewahrt hat, wird die wiederholten Aufforderungen, die in unserem Blatte für die Altershilfe laut wurden, unbeachtet gelassen haben. Die zahlreichen Gaben in barem Gelde, namentlich aber auch die Naturallieferungen, an denen sich die besser Situierten aus Stadt und Land beteiligten, lieferten den erfreulichen Beweis für das allgemeine Mitempfinden, das diese Hilferufe verdientermaßen erweckt hatten. Groß wären die in die Millionen gehenden Barmittel, noch wertvoller die Lebensmittelmengen, die zur Unterstützung der Notleidenden zusammenkamen. Aber noch viel, viel größer ist die Not, die sich unter zahlreichen Volksgenossen angesichts der wahnsinnigen Preissteigerungen für alle Bedürfnisse des täglichen Lebens aufgehäuft hat, unter den alten und gebrechlichen Leuten, denen zum eigenen Erwerb die geistigen und körperlichen Kräfte fehlen; den Pensionären, die mit ihren geringen Einkünften den andauernd steigenden Bedürfnissen nicht gewachsen sind; den Kleinrentnern und Kleinkapitalisten, die mit dem Ertrage ihrer Rente oder den Zinsen ihres Kapitals ehedem ein zwar bescheidenes, aber doch immerhin hinreichendes Auskommen hatten, heut aber infolge der völligen Geldentwertung dem langsamen Hungertode preisgegeben sind, wenn sich nicht die barmherzige Nächstenliebe ihrer annimmt. Die Not unter diesen Hilfsbedürftigen ist ja weit, weit größer, als sich diejenigen träumen lassen, die heut Tag für Tag darüber stöhnen und jammern, daß sie mit dem Ertrage ihrer Arbeit nicht auskommen, daß Gehalt und Lohn knapp ausreicht zur Bestreitung der Ausgaben für den täglichen Bedarf an Lebensmitteln, für Wohnungsmiete usw.

Die Not der verschämten Armen, deren Zahl mit der zunehmenden Geldentwertung ganz ungewöhnlich gestiegen ist, wagt sich ja meist mit ihren Qualen gar nicht ans Tageslicht, sie bleibt bescheiden im Hintergrunde. Als es vor ungefähr vier Wochen den Anschein hatte, daß der beginnende Preisabbau andauern und sich auf alle Bedürfnisse des täglichen Lebens ausdehnen würde, da war in allen Verbraucherkreisen die Freude groß ganz unbeschreiblich aber in den Kreisen der erwähnten Notleidenden. Leider erwies sich die Erwartung eines allgemeinen Preisabbaus als eine große Täuschung. Während in Deutschland dieser Preisabbau, der fast gleichzeitig mit dem in Polen einsetzte, auch heut noch andauert und sich auf alle Lebensbedürfnisse bis auf ganz wenige Ausnahmen erstreckt, befinden wir uns hier schon wieder in einer lustigen Preissteigerung, die die vor Monatsfrist verlassenen Höchstpreise heut schon zum Teil hinter sich läßt, z. B. beim Brot, bei der Bekleidung usw. Die Not ist groß und steigert sich zusehends von Tag zu Tag, und wer Augen hat zu sehen und ein Herz mitzufühlen, der kann sich dem Jammer und dem Elend nicht verschließen, dem heute soviel unserer Brüder und Schwestern überlassen sind.

Manchmal erfährt ein Mann von der Presse so durch reinen Zufall etwas von den schweren Nahrungssorgen, von denen ein großer Teil unserer Mitmenschen heimgesucht wird, und sei es auch auf dem nächsten Wege aus dem Lande des Dollars jenseits des großen Teiches. Dorthin ist schon vor mehreren Jahrzehnten ein angesehener Posener Bürger abgewandert, der noch in den Kreisen der hiesigen Alteingesessenen wohl bekannt ist. Seinen Namen möchten wir aus bestimmten Gründen nicht nennen; er tut auch nichts weiter zur Sache. Von diesem Herrn, der drüben in Amerika durch Fleiß und Intelligenz vorwärts gekommen ist und heut ein gutes Auskommen hat, traf in diesen Tagen bei einem hiesigen Bürger ein längerer Brief ein, der uns über die Not, von der wir hier umgeben sind, die Augen öffnet. Der eine und der andere hatte sich wohl in seiner jetzigen Not des ehemaligen Bekannten und Schulfreundes erinnert und es mit einer Bitte um eine Gabe gewagt, nicht aus Lust an der Bettelei, sondern durch die Notlage gezwungen. Und der Deutschamerikaner hatte sich gern bereit finden lassen, aus alter Anhänglichkeit für seine Bekannten und für sein Heimatland, helfend durch Übersendung von Dollarnoten einzugreifen. In den letzten Monaten, ganz besonders während des Winters, hat sich die Zahl der Bittsteller gehäuft, und zwar von solchen, die hier in Posen zu bleiben beabsichtigen, und auch solchen, die in den letzten Jahren hier abgewandert sind, im ganzen gegen 200, darunter gute wohlbekannte Leute, deren Namen hier in jedermanns Munde waren oder es heut noch sind. Unser Deutschamerikaner schreibt, nicht etwa, weil er nicht mehr helfen will, daß ihn angesichts der geschilderten Notstände die schwersten Seelenqualen peinigen, weil er nicht allen helfen und noch mehr Nächstenliebe leisten kann, als bisher.

Wahrlich eine erschütternde Feststellung, die uns alle angeht und unsere Herzen und Hände willig machen sollte, unseren Brüdern und Schwestern ihre Leibes- und Seelennot erleichtern zu helfen, in dem fröhlichen Bewußtsein, daß nach dieser Zeit der schweren Nöte auch wieder einmal eine bessere kommen wird, weil sie kommen muß. hb.

## Die polnische Amtssprache.

Ein Erlaß des Wojewoden Grafen Bniński an alle Staroſten und Stadtpräsidenten von Posen und Bromberg und an alle Bürgermeister der Städte, die über 10 000 Einwohner zählen, lautet:

Da noch immer Fälle vorkommen, daß in den Handwerkerorganisationen, wie Innungen, Innungsausschüssen, Examinationskommissionen nicht nur in den Verhandlungen, sondern auch in der Korrespondenz mit Privaten Behörden und amtlichen Stellen in deutscher Sprache geführt wird, gestatte ich mir, die Staroſten usw. auf diesen Umstand zu lenken, und mache darauf aufmerksam, daß die Amtssprache im Verkehr mit den Behörden die polnische ist. Die Vorstände der Innungen, Innungs- und Examinationsausschüsse mache ich auf Grund des § 94 b der Gewerbeordnung darauf aufmerksam, daß die Vorstandsmitglieder usw., die nicht der polnischen Sprache mächtig sind, entfernt und durch andere Personen, die der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sind, ersetzt werden müssen. Von der Ausführung bitte ich um gefl. Inkenntnissetzung bis zum 15. April 1923.

## Antisemitische Kundgebungen.

Am Sonntag nachmittag fand im großen Saale des Zoologischen Gartens eine Kundgebung gegen die Erschießung des Prälaten Butkiewicz in Moskau statt. In der Versammlung sprach u. a. der Abgeordnete und General a. D. Haller, dem nach Schluß der Versammlung große Ovationen bereitet wurden: ihm wurden die Pferde ausgespannt, und sein Wagen wurde von einer Anzahl junger Leute nach dem Bazarhotel gezogen.

Bedauerlicherweise führte die durch die Versammlung erregte Stimmung zu einigen Ausschreitungen, die zwar zum Glück im Keime erstickt wurden, aber auch in diesem Umfang unter allen Umständen zu verurteilen sind. Einige Versammlungsteilnehmer zogen, nachdem sie den Abg. Haller in das Bazarhotel gebracht hatten, in die Altstadt, belästigten hier jüdische Bürger und warfen mit Steinen nach der Synagoge in der Dominikanerstraße; zwei Fenster wurden zertrümmert. Der beritteuen Polizei gelang es, rechtzeitig einzugreifen und schlimmere Ausschreitungen zu verhüten. Wie wir hierzu von amtlicher Seite erfahren, handelte es sich um bedauernswerte Ausschreitungen radaulustiger jüngerer Personen, die sich stets da einstellen, wo „etwas los“ ist. Verhaftungen oder Stürmungen wurden nach unseren Feststellungen nicht vorgenommen.

## Keine Erhöhung der Personalausweisgebühren.

Durch einen Teil der polnischen wie deutschen Presse ging die Nachricht, daß vom 1. April an die Gebühren für Ausstellung von Personalausweisen von 500 auf 1500 Mk. erhöht worden seien. Diese Meldung hat nur Gültigkeit für Kongreßpolen. In unserem Teilgebiet beträgt die Gebühr nach wie vor 150 Mk., als Selbstkosten für die Herstellung der Personalausweise.

## Jahresfest der Frauenhilfe der Christuskirche.

Der gestrige Sonntag stand in der Christuskirchengemeinde im Zeichen des Jahresfestes ihrer evangelischen Frauenhilfe. Die Festpredigt des Schriftführers des Landesverbandes, Pastors Lic. Schneider über das Osterevangelium Joh. 20, 11—18 hatte zum Leitgedanken den Osterauftrag der Frauen in Familie, Freundeskreis und Gemeinde. — Der Nachmittag gehörte einem geselligen Beisammensein der Feiernden im Gemeindehause an festliche gedeckten und reich besetzten Tischen. Der Jahresbericht der Frauenhilfe sprach von emsiger, treuer Arbeit des Vereins an sich selbst und auf dem Gebiete der Wohltätigkeit, aber auch von der Hoffnung auf Wachstum und weitere Verinnerlichung. Die Berufsarbeiterin des Landesverbandes, Frl. Miecke, schilderte in ihrem tiefgehenden Vortrage, wie ein Frauenleben von der Osterbotschaft erfaßt und von der Kraft des Auferstandenen getragen und beseelt werden kann. Gemeinsame Gesänge wechselten ab mit Musik- und Gedichtvorträgen. In seinem Schlußwort betonte Pastor Lic. Schneider den Segen eines regen Gemeindelebens, das in rechtem Sinne Feste feiern kann. Die Kollekte im Gottesdienst und am Nachmittag ergab 75 000 Mark zum Besten der Frauenhilfe.

## Die Wirtschaftspläne der Privatforsten.

Zu der Verpflichtung über die Einreichung von Wirtschaftsplänen der Privatforsten an die Wojewodschaft wird folgendes bekannt gegeben:

1. Als Grundsatz ist anzunehmen, daß Waldboden immer in Forstkultur bleiben muß, und ausgeholzte Flächen noch in demselben Jahre wieder angepflanzt werden müssen. 2. Die Besitzer von Waldflächen bis zu 100 Morgen werden von der Vorlegung von Wirtschaftsplänen befreit. Sie müssen jedoch anmelden und angeben die Art der Bewirtschaftung, diese wird örtlich durch die Waldkommissare kontrolliert werden. 3. Die Besitzer von Waldflächen von über 100 bis zu 400 Morgen Größe müssen einen Wirtschaftsplan oder ein Wirtschaftsprojekt für die nächsten fünf Jahre vorlegen, der enthalten muß: a) die Forstfläche nebst Karte, b) kurze Beschreibung und Bestände mit Bezeichnung der Fläche und des Alters, c) die jährlich zum Abholzen bestimmte Fläche, d) Bestimmung der Reihenfolge des Abholzens oder Alter der abzuholzenden Bestände, e) Verzeichnis des gefällten Holzes, f) Verzeichnis der Durchforstungen oder Kahlschläge, g) Verzeichnis der nichtangeforsteten oder der Verbesserung bedürftigen Flächen. 4. Die Besitzer von Flächen über 400 Morgen sind verpflichtet, einen ordnungsmäßigen Wirtschaftsplan mit Karten der Hölzer und Bestände in zwei gleichlautenden Exemplaren einzureichen. Die Pläne müssen von Fachleuten angefertigt sein, oder solchen Personen, die Garantie bieten, daß sie ordnungsmäßig hergestellt sind, da ein nicht ordnungsmäßig hergestellter Plan nicht bestätigt wird, was dem Eigentümer unnötige Kosten verursacht. Die Wirtschaftspläne müssen auf dem Oberflächensystem beruhen, dabei kann der erste Zeitraum ein 10- oder 20jähriger sein, und die Nutzung der Holzmasse ist außerdem für die ersten 10 Jahre zu berechnen. Der Plan der Durchforstungen und der Anforstungsplan muß natürlich auch beigefügt werden. Wie seinerzeit bekannt gemacht worden ist, ist die Frist für die Einreichung der Wirtschaftspläne bis zum 1. Oktober d. Js. verlängert worden, und zwar für Besitzer über 400 Morgen. Dieser Termin ist als der äußerste zu betrachten; wenn es irgend möglich ist, soll man versuchen, den Plan früher einzureichen, damit er rechtzeitig in der Örtlichkeit kontrolliert werden kann. Andernfalls könnten die Ausholzungen für das Jahr 1923/24 eine Verzögerung erleiden. Waldbesitzer von 100 bis 400 Morgen sind verpflichtet, die abgekürzten Wirtschaftspläne spätestens bis zum 24. August 1923 einzureichen.

---

**# Das Programm für den morgigen Besuch des Ministerpräsidenten.** Der Ministerpräsident Skrzeki wird morgen Dienstag, nun aus Lodz im Kraftwagen in Posen eintreffen. Nach der Vorstellung der Vertreter der Staats- und Selbstverwaltungsbehörden die im Schlosse stattfindet, begibt sich der Ministerpräsident zur Butkiewicz-Messe in der Piarrkirche. Nach einem Besuch beim Kardinal Erzbischof Dr. Dalbor wird er im Schlosse zwischen 12 Uhr mittags und 2 Uhr nachm. Abordnungen empfangen. Um 2 Uhr gibt der Vorsitzende der Landschaftskreditgesellschaft zu Ehren des Ministerpräsidenten ein Privatessen. Nach einem Empfang im Goldenen Saale des Rathauses bei dem der Ministerpräsident eine Rede halten wird findet im Arbeitszimmer des Stadtpräsidenten eine Pressekonferenz statt. Um 8 Uhr abends gibt der Posener Wojewode, Graf Bniński in den Empfangsſälen des Schlosses ein Festessen. Am Mittwoch vormittag werden gegebenenfalls noch weitere Abordnungen empfangen. Um 1 Uhr gibt der Kommandierende General Raszewski ein Frühstück, nach dem die Rückreise des Ministerpräsidenten erfolgt.

**epv. Besuch des Missionsdirektors Knak in Posen.** Als besonderes Ereignis wird von den Evangelischen unseres Gebietes das Eintreffen eines seltenen Gastes, des Missionsdirektors Knak von der Berliner Missionsgesellschaft begrüßt, der soeben von einer einjährigen Visitationsreise durch China, das nach dem Weltkriege durch den Verlust Kiautschaus und die durch die Engländer erfolgte Auflösung des Mädchenfindelhauses in Hongkong für die deutsch-evangelische Missionstätigkeit verloren zu gehen drohte, zurückgekehrt ist. Anläßlich der Posener Missionskonferenz wird Missionsdirektor Knak am Mittwoch, 18. April, nachmittags 5 Uhr, einen Festgottesdienst in der St. Paulikirche halten und über die Eindrücke von seiner Reise durch Süd- und Nordchina und die Hoffnungen und Gefahren der werdenden christlichen Kirche in China berichten. Am Abend desselben Tages findet ein Familienabend statt, an dem gleichfalls Missionsdirektor Knak sprechen wird. Es muß von unseren evangelischen Mitbürgern als eine ganz besondere Gunst angesprochen werden, daß Missionsdirektor Knak, dessen Zeit durch zahlreiche Vortragsreisen in vielen großen Städten Deutschlands stark in Anspruch genommen ist, die Mühen dieser Auslandsreise nicht scheut, um auch den Evangelischen Polens einen Einblick in die christliche Missionsarbeit im fernen Osten zu gewähren. Es steht zu erwarten, daß die evangelischen Gemeindeglieder durch recht zahlreichen Besuch des Gottesdienstes und der Vorträge ihr Interesse an der christlichen Missionstätigkeit in China bekunden.

**⚔ Der heutige nicht gesetzliche Feiertag,** der als Ersatz für den Tag „Mariä Verkündigung“ begangen werden sollte, unterschied sich äußerlich ganz und gar nicht von einem gewöhnlichen Werktage. Des Morgens sah man die Leute, wie sonst an den Wochentagen, zu ihrer Arbeits- bzw. die meisten auch zu ihrer Amtsstätte eilen. Die meisten Behörden arbeiteten; die Läden waren geöffnet. Beinahe aber wäre es wieder so gekommen, wie es am 25. März v. Js. der Fall war, wo der katholische Feiertag von den Evangelischen begangen wurde, von den Katholiken jedoch nicht. Am Sonnabend konnte man nämlich in mehreren evangelischen Geschäften die Ankündigung sehen, daß sie am heutigen Montag des Feiertags wegen geschlossen sein würden. Es klärte sich jedoch bald auf, daß diese hier und da von amtlicher Stelle veranlaßte Auffassung über die Geschäftsruhe am heutigen Tage irrtümlich war.

**⚔ Ein feiertagsreicher Monat** ist für die Bewohner des hiesigen Gebietsteils der kommende Mai. Er bringt nämlich außer den vier Sonntagen noch vier gesetzliche Feiertage, und zwar den Nationalfeiertag am 3. Mai, den Stanislaustag am 8. Mai, den Himmelfahrtstag am 10. Mai, den Pfingstmontag am 21. Mai und den Fronleichnamstag am 31. Mai im ganzen also neun Feiertage. Von den fünf Donnerstagen des Monats sind somit drei Feiertage.

**# Die Gütersperre nach Deutschland.** Die Eisenbahndirektion gibt im Zusammenhange mit der Notiz über die Gütersperre nach Deutschland bekannt, daß die betreffende Verfügung des Eisenbahnministeriums in nichts den bisherigen Verkehr einschränkt sondern lediglich eine Aenderung der Güterbeförderung nach Deutschland auf den Grenzstationen vorsieht. Alle Gerüchte, die aus Anlaß dieser unrichtig verstandenen Verfügung entstanden sind, sind demnach grundlos

**# Untugenden auf der Eisenbahn.** Das Beschmieren der Wände in den Eisenbahnwagen hat die Eisenbahnverwaltung dazu veranlaßt, in einer Zuschrift an die führenden Warschauer Zeitungen dagegen Stellung zu nehmen und darauf hinzuweisen, daß die Passagiere in Polen sich durch derartige Betätigung ihrer Kultur ein recht trauriges Zeugnis ausstellen. Vor allen Dingen mache man die Erfahrung, daß das Rauchverbot in einzelnen Abteilungen nicht beachtet werde, und daß immer wieder Herren in den Damenabteilungen säßen. Die ausgehängten Schilder würden abgerissen usw. Besonders wird hervorgehoben, daß sich hauptsächlich Passagiere der ersten und zweiten Klasse derartige Verstöße zuschulden kommen ließen.

**# Lohnstreitigkeiten im Tischlergewerbe.** In Tischlergewerbe ist zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein Lohnstreit ausgebrochen. Die Arbeitnehmer verlangen eine 31prozentige Lohnerhöhung, entsprechend der von der Statistischen Kommission festgestellten Verteuerung der Lebenserhaltung. Die Arbeitgeber wollen die Lohnzulage nicht bewilligen und begründen ihren Standpunkt mit der ungünstigen Konjunktur in dem vom Lohnstreit betroffenen Gewerbe.

**# Der Ruderklub „Neptun“** veranstaltet, worauf auch an dieser Stelle aufmerksam gemacht sei, am kommenden Freitag, abends 8 Uhr, in der Konditorei von Siebert seine Generalversammlung.

**# Miljonówka.** In der letzten Ziehung gewann das Los Nr. 4 586 445. Es wurde in der Finanzkammer in Brest-Litewski gekauft.

---

*** Birnbaum, 6. April.** Das Grenzzollamt Sterki-Alt-Görzig ist seit dem 1. d. Mts. von Uhr morgens für den Verkehr geöffnet und bleibt bis 7 Uhr abends offen. Diese für einen großen Teil der Bevölkerung sehr erwünschte Neuerung ist deswegen angeordnet, damit Interessenten den bereits frühmorgens in Wierzebaum abgehenden Zug nach Meseritz benützen können. — Auch der Grenzverkehr über Neu-Merine nach Deutschland (Waitze u. a.) soll für die anwohnende Bevölkerung auf unserer Seite bereits genehmigt worden sein. — Mit dem 1. d. Mts. ist der Kreissekretär Buczewski aus Witkowo in gleicher Eigenschaft an das hiesige Staroſtwo versetzt worden. Der bisherige Kreissekretär Zyniewicz in Birnbaum ist an das Staroſtwo Witkowo versetzt.

**□ Birnbaum, 8. April.** Eine billige Küche, aus der die arme Bevölkerung gegen geringe Entschädigung gespeist werden soll, ist hier am Sonnabend von einem Hilfskomitee, an dessen Spitze der Propst Kowalczyk steht, eröffnet worden.

*** Kolmar, 8. April.** Bei einem zur Ziegelskischen Fabrik gehörenden Hunde ist Tollwut festgestellt. Aus diesem Grunde ist über die Stadt bis zum 1. Juli die Hundesperre verhängt.

*** Lissa i. P., 5. April.** Das „Liss. Tagebl.“ schreibt: „Als ein wenig zuvorkommender Hauswirt zeigte sich der Besitzer des Hauses ul. Comeniusza 24 (Comeniusstraße). In der Nacht vom zweiten zum dritten Feiertag drang der Hauswirt mittels Nachschlüssels in den Laden und die Werkstatt des Tapezierergeschäfts, räumte die fertigen Polstermöbel aus dem Laden aus und stellte sie auf den ungeschützten Hof; ebenso geschah es mit den in der Werkstatt befindlichen Sachen, dem wertvollen Material und dem Handwerkszeug. Nachdem so genügend Platz geschaffen war, wurden Türen und Fenster ausgehoben, die Wände und verschiedenes andere demoliert, jedenfalls um dem Mieter zu beweisen, daß die Räume einstweilen nicht zu benützen sind. Man kann sich nicht genug wundern, zu welchen drastischen, unerlaubten und strafbaren Mitteln ein Teil der neuen Hauswirte greift, um sich ihr vermeintliches Recht zu suchen. In diesem, glücklicherweise nur vereinzelt dastehenden Fall, dürfte wohl der Strafrichter noch ein ernstes Wort zu sprechen haben.“

*** Putzig, 6. April.** Dem hiesigen Arzt Dr. Wenzel wurde von der polnischen Behörde die Ausübung der ärztlichen Praxis untersagt, weil er Reichsdeutscher ist. Dr. W. war der einzige Operateur in den Kreisen Neustadt und Putzig. Durch seinen Fortgang werden, wie die „Deutsche Ztg. f. Pommerellen“ schreibt, in dieser Beziehung schwierige Zustände geschaffen, denn die schwerkranken Personen müssen zur Operation nach Danzig geschafft werden, was mit sehr großen Kosten und Leiden für die Kranken verbunden ist. Einflußreiche Personen haben sich nun in Warschau auf dem Gesundheitsministerium für Herrn Dr. W. verwandt und auch, wie ein Abgeordneter mitteilte, eine Zurücknahme der Verfügung der Lokalbehörden erwirkt. Dr. W. hat allerdings bis jetzt noch keine entsprechende Benachrichtigung erhalten.

*** Tremessen, 8. April.** Dieser Tage trug sich, wie der „Kuj. Bote“ mitteilt, in Orchheim ein furchtbarer Unglücksfall zu, der in der ganzen Gegend einen tiefen Eindruck hinterließ. Der angesehene Landwirt Masłowski kaufte im dortigen Walde Holz, und als er dieses auf seinen Wagen zu laden beabsichtigte, erschien der Wärter J. und verlangte von M. eine Kaufbescheini-

**Neu-Bestellungen**

für April

auf das **Posener Tageblatt** (verbunden mit Posener Warte)

**werden noch fortwährend**

von allen Postanstalten, den Briefträgern, unseren Agenturen und in der Hauptgeschäftsstelle Poznań, ul. Zwierzyniecka 6 (fr. Tiergartenstr.)

**angenommen.**

Man versäume nicht, bei der zuständigen Postanstalt die Nachlieferung der bereits erschienenen Nummern zu beantragen.

tung. Dieser konnte jedoch eine solche nicht vorweisen, da er sie nicht mitgenommen hatte. Der Wärter verbot nun M., das Holz aufzuladen. Als dieser aber trotz des Verbotes das Holz weiterlud, gab der Wärter auf M. einen Schrotschuß ab und verwundete ihn tödlich am Bauch. Am Grünen Donnerstag wurde M. unter großer Beteiligung der benachbarten Bevölkerung beerdigt. Der Wärter wurde in Untersuchungshaft genommen.

### Aus Kongreßpolen und Galizien.

* Warschau, 5. April. Eine schwere Enttäuschung erlebte eine junge Warschauerin, die sich mit einem Amerikaner verheiratet hatte. Statt daß sie vom Dollarsegen etwas zu spüren bekam, konnte sie eines Tages feststellen, daß ihr Gatte ihr sämtliche Wertsachen im Betrage von etwa 10 Millionen Mark gestohlen hatte und damit, wie die Nachforschungen ergaben, nach Amerika ausgerückt war.

* Lodz, 5. April. Wie der „Kurjer Poranny" erfährt, ist es der Polizei hier gelungen, bei der letzten Razzia auf der Schwarzen Börse Beträge von insgesamt einer halben Milliarde Mark zu beschlagnahmen. Die beklappten Börsianer haben neben dem an sich schon recht schmerzlichen Verlust noch Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren zu gewärtigen wegen Überschreitung der Devisenverordnung.

## Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Zeitmarke beiliegt.)

B. hier. Da wir nicht in der Lage sind, auch die gegnerische Seite in Ihrer Angelegenheit zu hören, können wir Ihnen auch keinen anderen Rat erteilen, als einmal bei der Beratungsstelle des Deutschtumsbundes Waly Leszczyńskiego 2 (ir. Kaiserring) vorstellig zu werden. — Zu einer schriftlichen Beantwortung Ihrer Anfrage liegt für uns kein Grund vor.

## Handel, Gewerbe und Verkehr.

= 5prozentige Goldanleihe der Rhein—Main—Donau-A.-G. In deutschen Blättern findet sich die Zeichnungsaufforderung auf die 5prozentige Goldanleihe dieser Gesellschaft, von der 2 Millionen Goldmark bis 18. April bei 51 Banken und Bankhäusern zum Kurse von 95 Prozent aufgelegt werden. Die seitens der Zeichner zu machenden Zahlungen erfolgen in deutscher Reichswährung (Papiermark); für jeden gezeichneten Dollar (1 Dollar gleich 4,20 Goldmark) ist der Betrag in deutscher Währung einzuzahlen, der dem Dollarkurse entspricht. Als Dollarkurs wird der Zeichnung zugrunde gelegt der letztnotierte Berliner Briefkurs für Kabel Neuyork vor dem Zeichnungstage, abgerundet auf 50 M. nach unten. Die seitens der Gesellschaft bei der Verzinsung und Tilgung an die Inhaber der Teilschuldverschreibungen zu leistenden Zahlungen bemessen sich nach dem Geldwert des Dollars; sie werden nach dem Durchschnittsbriefkurse berechnet, der sich aus den amtlichen Notierungen an der Berliner Börse für Kabel Neuyork im Februar (für die Auszahlungen am 1. April) und im August (für die Auszahlungen am 1. Oktober) ergibt. Dabei werden 4,20 Goldmark gleich 1 Dollar gerechnet. Für die Verzinsung und Rückzahlung der Teilschuldverschreibungen gemäß den obigen Bedingungen haben das Deutsche Reich und Bayern die gesamtschuldnerische Bürgschaft übernommen. Außerdem bestehen weitgehende dingliche Sicherheiten, über die der Prospekt Auskunft gibt. Die Notierung der Anleihe an der Börsen von Berlin, Frankfurt, Hamburg und München wird beantragt werden.

### Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 9. April 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon Lieferung.)

| | | | |
|---|---|---|---|
| Weizen | 205 000 – 215 000 | Wicken | 130 000 – 150 000 |
| Roggen | 128 000 – 138 000 | Felderbsen | 120 000 – 140 000 |
| Braugerste | 97 000 – 102 000 | Viktoriaerbsen | 180 000 – 200 000 |
| Hafer | 122 000 – 127 000 | Peluschken | 135 000 – 155 000 |
| Weizenmehl | 290 000 – 320 000 | Serradella | 200 000 – 260 000 |
| Roggenmehl | 215 000 – 225 000 | Buchweizen | 110 000 – 120 000 |
| (inkl. Säcke) | | Blaue Lupinen | 100 000 – 140 000 |
| Weizenkleie | 66 000 | Gelbe Lupinen | 100 000 – 140 000 |
| Roggenkleie | 61 000 | Fabrikkartoffeln | 7 500 – 8 000 |

Tendenz: schwankend.

= Berliner Roggenpreise am 6. April (Produktenbörse): für 50 Kgr. märkischer Roggen 43 500—44 000, westpreußischer Roggen 43 000.

= Neuer Milliardenzusammenbruch im Berliner Produktenhandel. Die frühere Posener und seit Abtretung des posenschen Gebiets in Berlin ansässige Getreide-Firma Gebr. Brie hat ihre Zahlungen eingestellt. Vermutlich infolge ungünstig verlaufener Maisgeschäfte. Die ungedeckten Passiven werden bis 1½ Milliarden Mark geschätzt, an denen hauptsächlich der Berliner Markt beteiligt ist.

### Warschauer Börse vom 7. April.

Devisen:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Berlin | 2.04½—2.02 | Paris | 2850—2915—2840 |
| Danzig | 2.04—2.02 | Prag | 1307½—1300 |
| Helsingfors | 1200 | Schweiz | 810—8 00 |
| London | 20 000—204500—200000 | Wien | 62—61½ |
| Neuyork | 43 500—43 800—42 750 | Italien | 2175 |

### Danziger Frühkurse vom 9. April.

Die polnische Mark in Danzig ..... 49¾

Der Dollar in Danzig ..... 21 250

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil sowie für Handel und Wirtschaftszeitung: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeier. für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. sämtlich in Posen.


## Man inseriere ständig!

Oft ist es die Furcht vor den Unkosten, die kleinere Unternehmer vom systematischen Inserieren zurückhält. Sie glauben, daß eine kleine Anzeige nicht auffällt und vom Leser übersehen wird. Es gibt Zeitungen, bei denen dies der Fall ist; es gibt aber auch Anzeigen, die weniger Erfolg haben, selbst wenn sie groß gesetzt sind. Eine gute typographische Ausführung und der Inhalt der Empfehlung, nicht deren Größe ist Hauptbedingung und mindestens so wichtig ist die Regelmäßigkeit der Wiederholung der Anzeigen! Je öfter inseriert wird, desto fester prägt sich die Anzeige ins Gedächtnis der Leser!

**Posener Tageblatt.**


## Spielplan des Großen Theaters.

**Dienstag,** den 10. 4., abends 7½ Uhr: **„Carmen"**, Oper in 3 Akten von J. A. Bizet.

**Mittwoch,** den 11. 4., abends 7½ Uhr: **„Hoffmanns Erzählungen"**, Oper von Offenbach.

**Freitag,** den 13. 4., abends 7½ Uhr: **„Die Entführung aus dem Serail"** Komische Oper von Mozart. (Gastspiel Ewa Bandrowska.)

Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Górski im Hotel Monopol Ecke ul. Kredy und Sew. Mielżyńskiego.


## Arbeitsmarkt

**Herrschaft Oleśnica bei Chodzież**

sucht zu sofort

## Rechnungsführer(rin)

der deutschen und polnischen Sprache in Wort und Schrift vollkommen mächtig. Gefällige Offerten erbittet (6499

**Administrator Nickelmann.**

**Suche**

zum baldigen Antritt einen (6517

## unverh. tüchtigen Beamten

für 1500 Morgen schweren Boden, der nach meinen Dispositionen wirtschaftet. Ebenso per **1. Juli 1923** einen

## unverh. Brenner.

Zeugnisse mit Angabe von Gehaltsansprüchen an

**Dom. Ludwigshorst, Kreis Deutschkrone (Deutschland).**

**Gesucht**

## Brennereiverwalter

zum 1. Juli 1923, da jetziger größere Stellung sucht. Zeugnisabschriften, Gehaltsforderungen, Lebenslauf, Adresse des bisherigen Chefs erbeten. Bevorzugt werden Bewerber, die der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sind. Bedingung gründliche Fachkenntnis, auch im Imp. Flocken-App. Zeugnisabschriften werden nicht zurückgesandt. Aufforderung zur persönlichen Vorstellung abwarten.

**Kartoffeltrocknung und Brennerei Dobbertin.**

G. m. b. H.

**in Dobrzyniewo b. Wyrzysk, Station Osiek.**

## Brennereiverwalter,

befähigt, eine hochprozentige Ausbeute des Betriebsmaterials zu erzielen, und in der Lage, gute Leistungen durch Zeugnisse und Empfehlungen nachzuweisen, wird per 1. Juli 1923 für ein größeres Nebengut gesucht. Schriftliche Bewerbungen erb.

**Güterdirektion Gora**

**Powiat Jarocin.**

## Gesucht unverh., älterer Förster

auch Kriegsinvalide, zu sofort oder später zum Anforsten von zirka 200 Morgen. Jagd- und Feldsch. zu übern. Leichte, angenehme Stelle. Bewerber wollen Zeugnisse mit Adressen früherer Chefs und Lebenslauf einsenden.

**E. Kusath-Dobbertin,**

**in Dobrzyniewo b. Wyrzysk, Station Osiek.**

## Deputanten

mit Hofgängern sucht von sofort

**Gutsverwaltung Rosenhof**

**bei Rosengarten (Ostpr.)**

## Junges Mädchen,

zur Unterstützung im Haushalt, zum baldigen Antritt

**gesucht.** Güse, Zentral-Molkerei, Ryczywół. (6510

Zur Unterstützung der Hausfrau wird ein

## ordentl. fleiß. Mädchen

oder Witwe für eine Försterei gesucht. Angebote unter „Waldeinsamkeit 6552" befördert die Geschäftsstelle dieses Blattes

**Stellengesuche**

Deutsch-evang.

## Lehrer,

29 Jahre alt, ledig, ordentlich vorgebildet, sucht selbstständige Stellung auf dem Lande. Angebote u. R 6543 an die Geschäftsst. d. Bl.

## Kindergärtnerin

sucht z. 1. Mai cr. Stellung. Angebote unter 6555 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Ein tüchtiger **Müller** sucht sofort Stellung als Walzenführer oder Alleiniger. **G. Wolff, Nowy-Tomyśl.**

## Fräulein

sucht Stellung zur weiteren Ausbildung im Haushalt (evtl. bald). Gute Zeugnisse vorhanden. Familienanschluß erwünscht.

Gefl. Angebote u. G. 6541 an die Geschäftsst. d. Bl.

Evgl. Landw.-Sohn sucht für sofort Stellung als

## Beamter

oder

## Wirtschafts-Assistent

auf mittlerem oder größerem Gute. Gefl. Offerten unter A. F. 6553 an die Geschäftsstelle d. Blattes erbet n.

## Reichsdeutscher Forstmann,

(4088

mit wertvollen Erfahrungen in größeren Aufforstungen, Forstnutzung und Forsteinrichtung, energisch und organisatorisch sucht umfangreichen Wirkungskreis als Verwalter größerer Forsten oder Leiter größerer Exploitationen, übernimmt am liebsten großes Revier, wo geordnete Wirtschaft eingeführt und höchste Rente herausgewirtschaftet werden soll. Gefl. Offerten unter E. D. 13939 an **Rudolf Mosse, Berlin SW 19.**

## Wirtschafts-Inspektor,

in den 40er J., ev., verh., 30 Jahre ununterbr. auf großen intensiven Gütern tätig, anerkannt tüchtiger **Acker- und Viehwirt, sucht,** gestützt auf langjährige Zeugnisse und Empfehlungen, **zum 1. Juli d. J. Stellung.**

Gefl. Zuschriften erbittet **Müller, Oberinspektor, Saatzucht Sobotka,** pow. Pleszew. (6500

**Alterer,** erfahrener

## verheirat. Brennereiverwalter,

evangl., mit **Kassen- und Amtsgeschäfte, landwirtsch. Buchführung, Flockenfabrik** gut vertraut, **sucht,** gestützt auf **langjährige gute Zeugnisse,** zum **1. Juli 1923** anderweit **Dauerstellung.**

Offerten erbittet

Brennereiverwalter **Carl Mickley,** (6470

**Bronikowo, p. Morownica,** pow. Śmigiel.

**Ankäufe u. Verkäufe**

Ein massives

## Wohnhaus,

1912 erbaut, 20 geräumige Zimmer, **2 große Ladenlokale,** zu jedem Geschäft geeignet, da an der Hauptverkehrsstraße von Gladbeck, einer bedeutenden Industriestadt in Westfalen, gelegen, wirtschaftliche Gebäude und **ein Bauplatz** vorhanden, gegen ein gleichwertiges landwirtschaftliches Objekt

**zu vertauschen.**

Offert. an **Joh. Kocinski, Gladbeck in Westfalen, Berlinerstr. 209,** erbeten.

Gebrauchter, gut erhaltener

## Bügelgöpel,

4—6pferdig zu kaufen gesucht.

**Herrmann Methner, Poznań, ulica Dąbrowskiego 70 I** (6503

Ein gut erhaltener

## Drilling,

rauchlos beschossen, zu kaufen gesucht. Gefl. Angebote mit näh. Angaben unter R 6551 bef. die Geschäftsst. d. Blattes.

## Treibriemen

Leder, Kamelhaar, Hanf

**Sander & Brathuhn**

Hanf- u. Draht-Seile

Poznań ul. Seweryna Mielżyńskiego 23. Telef. 4019

## Pachtung

in deutscher Herrschaft von

## 1000—1500 Morgen gesucht.

Bin gewesener Gutsverwalter auf großeren Gütern, nötiges Kapital vorhanden. Bin als Pole bereit, in polnischen gutsamtlichen Sachen der Herrschaft behilflich zu sein. Gleich ältig, ob fr. Provinz Posen oder Pommerellen. Offerten unter 6533 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Dom. Korytnica bei Raszków**

verkauft einen angekörten

## 4jährigen braunen Hengst

V. Hofst. M. Pos. Hablbl. Ferner eine nur wenig gebrauchte

## Kleedreschmaschine „Favorite"

von **Zimmermann** in tadellosem Zustande m. allem Zubehör.

Verheirateter

## Wirtschaftsinspektor,

38 Jahre alt, sucht zum **1 Juli d. Js.,** evtl. früher, **Stellung** auf einem Gute. Bin in deutscher u. polnischer Sprache in Wort u. Schrift firm. Gefl. Angebote u. A. 6561 an die Geschäftsst. d. Bl.

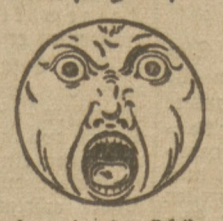
## Kaufe

stets getragene Garderobe, Wäsche, Schuhe Gardinen usw. **Zahle die bekannten höchsten Preise.** (565

**W. Szmyt,**

**Poznań, ul. Zamkowa 4** vis-à-vis dem Standesamt.

## Schlechte Geschäfte



zwingen den kurzsichtigen Mann zum Schimpfen und Klagen,

**aber der kluge Geschäftsmann**

inseriert im tonangebenden und vielgelesenen

**Posener Tageblatt**

und freut sich bald über den guten Umsatz. Er bedauert, daß er nicht schon früher inseriert hat.

**Offerieren sofort lieferbar:**

Neu

## 1 Deutsche Jägerzeitung

(Januar u. Februar 1923) 16 Hefte.

**Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.,**

Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

## Ein guter Hengst,

zur Zucht geeignet, dkl. braun mit Stern, Größe 1,69 mit fehlerfreier Tugend, gutgehend, ein- und zweispännig, steht zum Verkauf. Off. unter **Nr. 6554** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

## 1 Walzenstuhl,

300×400, sowie kleinen

## Gasmotor

verkauft

**J. Dukonselle,**

**Golaszyn b. Bojanowo.**

**Ladeneinrichtung**

**Regale**

**Schaufenstereinbau**

**zu verkaufen**

**Papierhandlung**

**Poznań, ul. Wrocławska 21.**

**Wohnungen**

## Möbl. Zimmer

an anständigen Herrn oder anständige Dame sofort in **Lazarus zu vermieten.**

Off. unter **A. H. 6491** an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

## 1 Zimmer

**für die Messezeit**

sucht

**Kellerei Paul Frank**

**Runowo, pow. Wyrzysk.**

## Möbl. Zimmer

für 1 bis 2 anst. Herren, am Bot. Garten, zu vermieten.

Off. unter **R. R. 6295** an die Geschäftsstelle d. Bl.

## Tausch!

**Berlin-Poznań**

**1 Stube u. Küche**

**nebst Möbel** von sofort

Offerten unter **6529** an die Geschäftsst. d. Bl.

## Zeitungsbezieher,

welche unser Blatt durch die Post erhalten, müssen bei Unregelmäßigkeiten in der Zustellung oder bei einer Übersiedlung nach einem anderen Ort, überhaupt in allen Angelegenheiten, die den Bezug betreffen, sich stets

**an das Postamt wenden,**

welches die Zustellung der Zeitung an dem Wohnorte des Lesers zuletzt bewirkt hat.

Nur im Falle, daß das Postamt versagt, den Reklamationen wegen nicht pünktlicher Lieferung nachzukommen, bitten wir eine Beschwerde an die Geschäftsstelle in Poznań ul. Zwierzyniecka 6 zu richten.

Das „Posener Tageblatt" kann zu jederzeit bestellt werden.